



für Görlitz

mit den wöchentlichen Beilagen: „Unterhaltung“, „Sozialistische Literatur-Rundschau“, „Für die Frauen“, „Arbeiter-Sportbewegung“ u. der monatlichen Beilage „Für die Arbeiter-Jugend“

**Bezugspfleis:** Die „Vollswachl“ erscheint wöchentlich 6 mal und ist durch die Haupt-Expedition: Flurstraße 4/6, durch die Nachdruckung der „Vollswachl“, Neue Graupenstraße Nr. 5, durch die Zweigstelle Algarrengeschäft Reichelt, Matthiasstraße 140, sowie durch alle Ausläger zu beziehen. — Bezugspfleis im voraus zu entrichten wöchentlich 1 Goldmark, monatlich 1.70 Goldmark. Durch die Post frei ins Haus 2,00 Goldmark.

# Organ für die werfttige Bevölkerung

Verlagsort und Hauptgeschäftsstelle Dresden 2  
Geraresq.-Anschlüsse: Geschäftsstelle Ring 1206, Reaktion Ring 3141.  
Postfach-Dienst: Postfach Amt Dresden Nr. 4452

**Anzeigenpreis:** 20 Pfennige für geschäftliche Anzeigen aus Schlesien  
20 Pf. Stellenangebote 10 Pf. Familienanzeigen, Stellensuch, Vereins-,  
Versammlungs- und Wohnungs-Anzeigen 7 Pf. Kleine Anzeigen pro  
Wort 3 Pf. das seite Wort 4 Pf. Anzeigen für die nächste Nummer  
müssen bis vormittags 11 Uhr (1 Tag vorher) in der Haupt-Expedition  
abgegeben werden.

# Der Preisabbau-Gewinder.

# Irreführende Ministerreden.

her das Reichsstatistische Amt muß steigende Teuerung  
den Verdämmter feststellen. — Eingeständnis der  
schlechten Wirkung der Zölle.

Der Reichswirtschaftsminister Dr. Neuhans und der Reichsnahrungsminister Graf Kanitz haben in der letzten Sitzung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vorläufigen Reichswirtschaftsrates Gelegenheit genommen, sich eingehend über die Preissenkungsaktion zu äußern. Im Grunde genommen sind die Ausführungen als Eingeständnis zu werten, daß die mit vielem Geschrei angekündigte Aktion mit einem glatten Fiasco endet hat.

Dr. Neuhaus warnte nochmals vor der vollen Ausschöpfung des autonomen Zölles, da die zu hohen Preissäzen eingekauften Warenvorräte nach möglicher Eröffnung der autonomen Zollhäze durch die Handelsvertragsverhandlungen zu einer Vertrauenskrise führen mühten, die unsere Wirtschaft auf Jahre zurückwerfen dürften. Hieran sind zwei weitere Fragen zu knüpfen: warum hatte man so große Eile, den Militärzoll vor den Ferien durchzupeitschen, und glaubt die Regierung nach diesem Eingeständnis, daß sie mit ihrer Zollpolitik den deutschen Export gefördert hat? Wenn man die Wirkung dieser Maßnahme nur dann vermeiden kann, wenn man die Maßnahme zum Teil zurücknimmt; wenn ferner diese Wirkung erwartet wird, ist dann war doch wohl die Maßnahme höchst nicht ganz empfehlenswert! Weiter kommentiert die Verlautbarung der Regierung vom 27. August (Ankündigung der Maßnahmen für die Preissenkung) dahin, daß die Aufzehrung der Geschäftsaufschicht die Sicherheit des Vertrags heben und das Verantwortungsgefühl des Schuldners stärken solle. Auf dem Kreditgebiet soll sich die Reichsbank für eine Erhöhung der Zinsspanne einsetzen. Im übrigen beschränkte sich Reichswirtschaftsminister auf eine Aufzählung der bereits von in der Verlautbarung vom 27. August angeführten, geplanten Maßnahmen der Regierung, von deren Verkündung wir im großen und ganzen so gut wie gar nichts gesehen haben.

Nicht so harmlos gab sich Graf Kanitz in seinen Ausführungen, die anscheinend der breiten Masse eine Preissenkung vigerieren sollen. Er gab zu, daß die Fleischpreise zu hoch sind und die von den Behörden ergriffenen Maßnahmen jetzt noch zu seinem Ziele geführt haben. Auf dem Gebiete Fette und Milch will man noch eine Nachprüfung einsetzen, inwieweit die Handelszölle übersetzt sind. Weiter erwies Graf Kanitz darauf, daß sich die Großhandelspreise für Getreide und Kartoffeln gesenkt haben. Das kommt allerdings. Aber die rückläufige Bewegung der Großhandelspreise für Kartoffeln und Getreide ist nicht auf das Konto der Regierung zu setzen, da sie als eine Folge der guten Ernte und der internationalen Preisbewegung betrachtet werden muß. Diese Preissenkung ist aber dem Verbraucher in Deutschland fast spurlos vorübergangen. Graf Kanitz weist allerdings in seinen Ausführungen darauf hin, daß sich der Brotpreis gesenkt habe. Er gibt aber immer noch so hoch, daß von einer Angleichung des Brotpreises an den fallenden Getreidepreis nicht ernstlich gesprochen werden kann. Dagegen vergaß der Reichsnährungsminister in seinen Ausführungen mitzuteilen, daß sich der Mehlpreis erhöht hat. Die Folge dieser verschiedenen Preisbewegung ist, daß der Verbraucher in Deutschland tatsächlich von der rückläufigen Bewegung der Getreidepreise nicht profitiert. Berücksichtigt man dazu noch die starke Erhöhung der Fleischpreise, ist anstatt der angekündigten Verbilligung eine wesentliche Versteuerung der Lebenshaltung festzustellen, wie das ja auch in dem steigenden Teuerungsindex des Reichsstatistischen Amts zum Ausdruck kommt.

# Die Unzufriedenheit mit dem Rechtskurs im Zentrum.

Die durch den Austritt des ehemaligen Reichskanzlers Wirth aus der Zentrumspartei ausgelöste Gärung innerhalb der Zentrumspartei frisht sich, allen Mahnungen der Bezeichnungspostel zum Trok, von Konferenz zu Konferenz und von Versammlung zu Versammlung innerhalb der Partei weiter. Und fürlös eine Betrauensmänner-Sitzung der Zentrumspartei des Ruhrgebietes in Ehren statt, so nach dem Bericht der „Essener Volkszeitung“ „sehr stürmisch“ laufen soll. Es wurde f. das vom Kriegserstand ent-  
st.

„Es herrscht in unseren Reihen Unzufriedenheit. Aus Verdrossenheit und wirtschaftlicher Not sind manche in unseren Reihen im Begriffe, sich von der törichten Mitarbeit zurückzuziehen. Eine Reihe von Gründen spricht mit. Nicht zuletzt auch das Zusammengehen mit der Rechten. Das Glück kommt für uns nicht von rechts, denn die Arbeiter, Beamten und Angestellten haben noch nicht vergessen, wie es früher war, was uns früher die Rechtsleute angestan haben. Wir bedauern, daß innerhalb der Fraktion der republikanische Gedanke so wenig verankert ist. Zum Beweise erinnern wir an die Wahl des Reichspräsidenten, wo wir nur zwei gehört haben: die offen und frei für den Holländerkandidaten gerebet haben: Marx und Witzel. Die augenblicklichen Begnossen des Zentrums in der Regierung sind nicht alle mehrheitlich auf die Sozialpolitik eingestellt, denn dort unter-

Arbeiter in einem Dreiklassenparlament entrichtet haben. Das macht uns mißtrauisch . . . Der Name Wirth ist in dem Referat nicht genannt worden. Und doch darf er nicht übergangen werden, denn er ist der Interpret des sozialen Gedankens im Zentrum.“

Ein Vertreter des Jesuiten-Ordens, Pater Sünder, konstatierte, daß „wir unbedingt unserer Stimmung Ausdruck verleihen müssen, zumal die Verdrossenheit und Bedrücktheit eine Abwanderung aus der Partei befürchten lasse. Die katholische Arbeiterschaft sei der Meinung, daß Wirth ihre Lage verstehe, darum hänge sie mit großer Liebe an ihm. Man beschwere sich auch darüber, daß der schlichte Mann nicht frei seine Meinung sagen könne. Das Volk, dessen Wort ernst zu nehmen sei, habe „nicht zu allen Abgeordneten des Zentrums Vertrauen.“

Diese unzweifelhaft in den breiten Massen der Zentrumsarbeiterschaft durch die Wirth-Krise ausgerührte Grundstimmung gegen die „Bürgerblockpolitik“ der Zentrumsfraktion greift allmählich so tieß in das Gefüge der Zentrumspartei ein, daß man in unterrichteten Kreisen des Zentrums bereits mit der vorzeitigen Einberufung des Parteitages rechnet.

## „Unter Hindenburgs Führung zur Erfüllung der Versailler Rhein“

**Die neue deutsch-nationale Parole.**  
Ueber das Ergebnis des gestrigen Ministerrats wissen die Berliner Regierungsblätter zu melden, daß die Annahme der Einladung zur Sicherheitspaktkonferenz, die am 5. Oktober beginnen soll, im Prinzip beschlossen sei. Als Hauptdelegierte seien Reichskanzler Dr. Luther und Reichsausßenminister Dr. Stresemann bestimmt worden. Der heute vormittag um 11 Uhr unter dem Vorwirk des Reichspräsidenten zusammengetretende Kabinettsrat wird diese Beschlüsse zu sanktionieren haben. Was die Richtlinien für die deutsche Delegation an betrifft, so basieren diese auf der Luther-Stresemann-Note vom 20. Juli und auf den Erklärungen, die die Reichsregierung zur Politik im Reichstage abgegeben hat. Ziel der Konferenz soll sein, mit den Unterhändlern der Westmächte zu Vereinbarungen zu gelangen, die nach Genehmigung durch die Regierungen und die Parlamente auf einer zweiten Konferenz unterzeichnet werden sollen.

In einem Teil der heutigen Rechtspresse wird bestritten, daß die Reichsregierung bereits zu bindenden Beschlüssen über den Inhalt ihrer Antwort gekommen sei. Außerdem wird die Teilnahme des Reichskanzlers Luther an der Delegation als unrichtig bezeichnet. Tatsächlich hat aber das Kabinett einmütig, auch mit den Stimmen der deutschnationalen Minister, beschlossen, die Einladung zur Konferenz für den 5. Oktober anzunehmen und auch Luther und Strehmann zu delegieren. Die für heute, vormittags 11 Uhr, unter Vorßk des Reichspräsidenten geplante letzte Kabinettsitzung zur Erörterung der Einladung hat nur formelle Bedeutung. Ihr Zweck ist, den Namen Hindenburg mit der Annahme der Einladung zu verknüpfen und damit den Deutschnationalen den Umfall etwas zu erleichtern.

Die Übermittlung der Antwortnote an die alliierten Mächte soll am Freitag abend erfolgen, nachdem zuvor die Ministerpräsidenten der Länder gehört worden sind. Der Auswärtige Ausschuß wird also um seine Zustimmung nicht gefragt. Die der Sippe Freytag-Vorringhoven dienende "Deutsche Zeitung" schreibt heute gegen ihre eigenen Minister Schiele, v. Schlieben usw.: „Wie man angesichts der Tatsache, daß nämlich der Besprechung in Luzern oder sonstwo ein Vastentwurf bereits zugrundeliegt, heute noch von Vorbehalten, Vorbedingungen, Einschränkungen usw. sprechen kann, ist uns schlechterdings unverständlich. Das sind doch nur Bemerkungen einer Politik, die den Weg der Schwäche und der Nachgiebigkeit gehen will. Was nicht vor der Reise anerkannt und bewilligt worden ist, scheidet bei der Konferenz als Verhandlungsstoff aus. So liegen die Dinge.“

Obwohl man feststellen konnte, daß der Zollkrieg mit Polen den Polen mehr geschadet hat als uns, so ist doch auch in diesem Falle handelspolitisches Kapital und deutsches Ansehen im östlichen Abschubgebiet verwirkt worden, ganz abgesehen von den Schwierigkeiten des deutschen Elements in Ost-Oberschlesien. Es würde daher vom deutschen Standpunkt nur zu begrüßen sein, wenn die jetzt laufenden Verhandlungen den Zollkrieg mit Polen beenden. Schon deshalb, weil ein neuer Zollkrieg droht, nämlich der mit Spanien. Am 16. Oktober läuft der gefündigte Handelsvertrag mit Spanien ab, und es ist noch wenig getan, um den Ausbruch eines Zollkrieges zu verhindern. Es ist bemerkenswert, daß die volksparteiliche „Kölner Zeitung“ auf diese Schwierigkeiten hinweist und meint, in dieser Frage hätte man der Regierung mehr innenpolitische Fertigkeit gewünscht. Da diese Stimme aus dem Rheinlande kommt, so entspringt sie sicher nicht dem Wunsch, die Bedenken des rheinischen Weinbaues beiseite zu schaffen. Aber tatsächlich waren Vorteile des gefündigten Handelsvertrages bedeutend größer als die Nachteile, zumal ein

Unterschlagungen im Borsigauer Zollamt. Im Borsigauer Zollamt wurden große Unterschlagungen entdeckt. Es handelt sich um einen Millionenbetrag für die Stadtkasse. Die Unter-

## Ostober schlesische Erwartungen.

Aus Kaita wird uns gelöfrieben

aus Kattowitz wird uns gespielt.

Wohl in seinem Gebietsteil der polnischen Republik knüpft man an den Abschluß der deutsch-polnischen Verhandlungen so viel Erwartungen, wie in dem abgetrennten Abstimmungsgebiet Ost-Oberschlesien. Allerdings sind in weiten Kreisen die Aussichten für eine Versöhnung nur gering, wenn man den Chor der Chauvinisten diesseits und jenseits der Grenze verfolgt. Nie war die polnische Politik in einer solchen Zwangslage, wie heut, und doch ist nicht anzunehmen, daß der am 6. Oktober zusammenretende Sejm eine Entscheidung herbeiführen wird. Noch am Sonntag saßen die Parteiführer zusammen und wußten keinen Ausweg aus der schwierigen Situation. Als der Ministerpräsident die Hilflosigkeit der Sejm-Parteiführer sah, benutzte er die Gelegenheit, um in einer Zusammenkunft seiner Partei die These aufzustellen, daß ohne weitere Vollmachten eine Sanierung der polnischen Wirtschaft nicht möglich ist, die er nunmehr vom Sejm erwartet. Wohl wehren sich die einzelnen Parteien gegen ein neues Zugeständnis, doch ist kaum zu erwarten, daß sie so viel Mut aufbringen werden, um das Grabski-Kabinett zu stürzen. Der Ministerpräsident hat sich vor kurzem das Vertrauen der Industriellen Ost-Oberschlesiens gesichert, indem er ihnen erklärte, daß seinerseits gegen die Beseitigung des Achtstundentages keine Bedenken vorliegen, auch dann nicht, wenn der sozialer denkende Arbeitsminister über diese Forderung demissionieren sollte. Man ist also im Interesse der „Sanierung“ zu weitgehenden Zugeständnissen an die Industrie bereit. Wird der Achtstundentag erst in Ost-Oberschlesien beseitigt, dann kann man dasselbe Experiment auch im übrigen Polen wagen, wo faktisch durch ein Gesetz die 48-Stunden-Arbeitswoche besteht. Man sieht, daß nun hier die deutsch-ober Schlesische Industrie Vorspanndienste für die polnische Reaktion leisten soll.

Weite Kreise der Arbeiterschaft, selbst aus den rein polnischen Bezirken, sehen ihre Rettung nur in der Auswanderung nach dem Reich, nachdem selbst der gegenwärtige Wojewode Bilski einer Delegation von Arbeitslosen erklärte, daß selbst bei einer vollen Betriebssehung der oberschlesischen Industrie für 20 000 Arbeiter keine Beschäftigungsmöglichkeit vorhanden ist. Hinzu kommt, daß von Tag zu Tag weitere Arbeitsentlassungen erfolgen, neue Betriebsstilllegungen angekündigt sind und die Industriellen diese traurige Lage dazu ausnutzen, um ihre von der Regierung erwünschten Zusagen in die Praxis umzuleiten, das heißt, die Vorriegsverhältnisse in der Industrie wieder einzuführen. Man kann sich die erbitterte Stimmung denken, wenn berücksichtigt wird, daß an der Spitze der ostoberschlesischen Scharfmacher der deutsche Abgeordnete Sabath, Oberdirektor der Marthahütte, steht, der es auch schon fertig gebracht hat, die Arbeiter als Faulenzer zu bezeichnen, die daran schuld sind, daß die Produktion nicht gehoben werden kann. Zwar gelang bisher den Gewerkschaften teilweise eine Abwehr, doch ist anzunehmen, daß die Industriellen angesichts der Wirtschaftslage mit der Zeit ihre Forderungen durchsetzen werden. Waren vor der Teilung Oberschlesiens durchschnittlich 68 Prozent der Arbeiterschaft organisiert, so ist die Zahl nach vielen verlorenen Streiks auf 23 Prozent zurückgegangen und dürfte heute nach Abzug der Arbeitslosen kaum 7 Prozent betragen. Die Arbeiterschaft hat kein Vertrauen zu den polnischen Gewerkschaften, während die deutschen freien Gewerkschaften an größere Aktionen nicht denken können, weil ihnen sonst irredentistische Arbeit vorgeworfen wird. Heute kann man einen erfreulichen Zuspruch zu allen deutschen Gewerkschaftsrichtungen verzeichnen.

Einige Zahlen mögen die schwierige Situation beleuchten. In ganz Polen beträgt die Zahl der Arbeitslose etwa 178 000, wovon gegen 70 000 auf Ost-Oberschlesien entfallen. Die Wojewodschaft gibt zwar die Zahl der Arbeitslosen nur auf 56 000 an, doch werden hier nur diejenigen Arbeitslosen inbegriffen, die zum Bezug von Arbeitslosenunterstützung eingetragen sind. Während die Kohlenförderung im Januar noch 2 850 000 Tonnen betrug, ist sie im Mai auf 2 451 000 Tonnen gesunken und beträgt jetzt etwa 2 180 000 Tonnen monatlich. Im Januar betrug die Steinkohlenförderung in Ost-Oberschlesien noch 1 900 000 Tonnen bei einer Belegschaft von etwa 93 000, während sie heut bei etwa 76 000 auf 1 230 000 Tonnen gesunken ist. Noch schärfer wie der Bergbau sind die Metall- und Eisenhütten betroffen worden. Durchschnittlich sind die Belegschaften auf 30 Prozent reduziert worden, teilweise liegen ganze Werke still, deren Absatz nach Deutschland orientiert war. Auch hier erwartet man eine Besserung nur von einem Abschluss eines Handelsvertrages mit Deutschland. Es ist kein Geheimnis, daß weitere Stilllegungen bevorstehen; denn die Verwaltungsbüros haben im Januar 1928 einem großen Teil ihrer Beamten bekannt, daß man mit dem Todt- und auf Einigungskundgebung hintriebe droht. Aber auch im Bergbau wird eine Stilllegung von Jahren gerechnet, da sich die Errichtungen auf Erfahrung neuer Zeiten geschickt ausgerichtet haben. Bei den Bergbau-

lungen der Arbeitgeber mit den Gewerkschaften auf Abbau der Löhne wurde ausdrücklich darauf verwiesen, daß dies ein Notfall der Industrie sei die heute weit unter dem Produktionspreis die Kohlen absetzt, um nur Gelde für die laufenden Ausgaben zu erhalten.

Wie immer sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, die einzige Hoffnung zur Rettung der polnischen Wirtschaft liegt in einem baldigen Abschluß eines Handelsvertrages mit Deutschland. Leider scheitern an diesem Ziel nur die linksgerichteten Kreise Polens, insbesondere die Sozialisten, während die revisionistischen Politiker alles Heil von einer Verständigung mit Russland erwarten. Im Interesse gerade der deutschen Arbeiterklasse Ost-Oberschlesiens wäre es wünschenswert, wenn die deutschen Unterhändler auch ihrerseits ernstlich an einer Verständigung arbeiten würden, da sonst die Abwanderung der deutschen Elemente droht, für die es dann keinen Erwerb mehr in Polen gibt.

## Die polnischen Sozialisten für die Wirtschaftsverständigung mit Deutschland.

Das polnisch-sowjetische Zentralorgan des Reichsverbandes "Robin" ("Arbeiter") vom 17. September drückt sich über die Aussichten auf das baldige Zustandekommen eines deutsch-polnischen Wirtschaftsvertrages pessimistisch aus. Die politische Atmosphäre in Berlin sei für den Verlauf der Verhandlungen sehr ungünstig. Das Blatt unterschreibt dennoch hoffnungsvoll weiter: "Vor allen Dingen wird auf die Verhandlungen die Frage der Ausweitung deutscher Exporten einen ungünstigen Einfluß ausüben, und wir müssen diese Ausweitung nötig als politisch und wirtschaftlich schädlich bezeichnen. Die antipolnische Stimmung in Deutschland hat sich dank den Ostatentauschungen verstärkt und wird ihren Einfluß auf die Verhandlungen ausüben, um Polen auf wirtschaftlichen und finanziellen Gebieten Schwierigkeiten zu bereiten. Das Vorgehen der polnischen nationaldemokratischen Schulbehörden gegen die deutsche Lehrerschaft der Prädistriktschulen in Bromberg ist eine neue Dummheit, die gar nicht stark genug verurteilt werden kann und keinesfalls dazu angeht, um die Spannung in den deutsch-polnischen Beziehungen zu lindern."

Der polnische Ministerpräsident behandelte, wie aus seinen neuen Plänen zu entnehmen ist, die Frage des Außenhandels sehr oberflächlich und leicht. Er möchte recht viel ausführen und wenig einführen, also die Grenzen Polens für die Einführung ausländischer Waren nach Polen sperren. Deutlicher als sonst man weiter chemische Produkte, Maschinen und andere Exportsachen nach Polen zu exportieren und ist bereit, Zugeständnisse an Polen zu machen, welche die Einführung polnischer Getreides und sonstiger Agrarprodukte wie auch Kohle möglich machen würde. Dies ist natürlich bei einer Sperrung der polnischen Grenzen nicht möglich, ebenfalls nicht bei dem System der Kontingentierung der Einführung nach Polen, die ohnehin schon zu Konflikten mit den Tschechoslowaken, Österreich, Italien und Rumänien, also mit denjenigen Staaten führte, mit denen Polen Handelsverträge abgeschlossen hat. Diese Erfahrungen mit den polnischen Maßnahmen ermuntern natürlich Polen nicht zum halbherzigen Abschluß des Handelsvertrages mit Polen. Wer nichts gäbe, kann nichts fordern. Weitere Schwierigkeiten bei den wiederzugekommenen Verhandlungen werden sich durch die inzwischen in Kraft treten den Zölle für Getreide und sonstige Agrarprodukte für Polen ergeben. Die Grenze der staatlichen deutsches Zulieferindustrie an Polen hat sich hier ganz zu unseren Ungunsten verschoben. Auch besteht der deutsche Absatzmarkt für polnisches Getreide, Vieh und Fleisch eine besondere Bedeutung dank seiner großen Aufnahmefähigkeit und wird immer bei den Verhandlungen eine nicht zu unterschätzende Rolle spielen. Am Schätzungsweise werden auch die Verhandlungen über die Einrichtung des Kohlemonopols hingen, denn Deutschland hat in West-Oberschlesien seine Kohleförderung so geziert, daß sie fast der Produktion Ost-Oberschlesiens gleichkommt. Die Kreise der Kohleindustrie werden angeblich ihren ganzen Einfluß in dieser Frage geltend machen und davon dringen, daß das Polen eingeschlossene Kohlemonopol reich klein ausfällt. Auch hier ist die Lage der polnischen Unterhändler sehr klar geworden. Die Frage des Kohlemonopols ist die optimistischste Erklärung des polnischen Ministerpräsidenten immer noch eine der Kardinalfragen, denn es ist Polen kaum gelungen, Griechenland für ein Stück des östlichen Teils des Reichs zu gewinnen. Die polnischen Abstimmungskreise für ein Stück des östlichen Teils des Reichs zu gewinnen. Die polnischen Abstimmungskreise für ein Stück des östlichen Teils des Reichs zu gewinnen.

Der Angriffskrieg als Verbrechen . . .

wie aus die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Bedingungen sich für Polen bedeutsam verändert haben. Wenn jedoch die deutsche Delegation von demselben vorzüglichen Geiste erfüllt ist, wie er im Exposé des Generals Braun, des preußischen Ministerpräsidenten, zum Ausdruck kam, und polnischseits ein ebensoches Platz an gutem Willen aufgebracht werden, so dürfte eine baldige Verständigung zu erwarten sein."

Die amtliche polnische Telefon-Agentur meldet: in einer Sitzung der deutschen und der polnischen Delegation wäre festgestellt worden, daß zur Grundlage weiterer Verhandlungen die Maßnahmen der polnischen Regierung auf dem Gebiet des Außenhandels gemacht werden mühten; die polnische Delegation werde der deutschem das entsprechende Material übermitteln; der Zeitpunkt der nächsten Zusammenkunft werde von deutscher Seite vorgeschlagen werden. — Die deutsche Delegation hatte nach Bekanntwerden der polnischen Pläne betreffend wesentliche Veränderungen in der Einführungsgesetzgebung das entsprechende Material zur Kenntnisnahme erdeten und bis dahin eine Unterbrechung der Verhandlungen vorschlagen.

## Danziger Massentundgebung gegen die Entscheidung im Poststreit.

Danzig, 23. Septbr. (Eigener Sachbericht) In einer großen Massentundgebung brachte die Danziger Bevölkerung am Mittwoch nachmittags ihren Protest gegen die Entscheidung des Völkerbundes zu Polen zum Ausdruck. Die Gewerkschaften aller Richtungen hatten diese Kundgebung einberufen und ließen durch ihre Redner gegen die Anerkennung des Gutachtens der Sachverständigen kräftige Verwahrung einleiten. Die einmütige Kundgebung endete mit der Annahme folgender Entschließung:

20.000 auf dem Lunge Markt versammelte Bewohner der freien Stadt Danzig gaben einmütig ihrer bitteren Enttäuschung darüber Ausdruck, daß der Völkerbundrat die Frage des Poststreites im Sinne des für Danzig unerträglichen Gutachtens der Postkommission entschieden hat. Das Vertreten der Danziger Bevölkerung zum Völkerbund als dem beruhenden Bevölkerer der Rechte Danzigs, hat einen neuen schweren Schlag erlitten. In Danzig kann man es nicht verzeihen, daß neben dem katholischen Glauben der freien Stadt ein eigener polnischer Glaubens im Innern der Stadt Danzig bestehen soll. Insbesondere ist es unverständlich, daß die Postkommission keine Bedeutung für ihr Gutachten gab und daß der Völkerbundrat die schwernen Gedanken, die von der freien Stadt Danzig geltend gemacht wurden, sämtlich bestätigt hat. Die Danziger Bevölkerung gibt der bestimmten Hoffnung und Erwartung Ausdruck, daß nach der vergangenen Zeit von drei Monaten eine neue und auf den Grundsätzen des Rechtes und der Gerechtigkeit ruhende Regelung der Postfrage erfolgt.

## Der Angriffskrieg als Verbrechen . . .

Sei, 23. Septbr. (Sachbericht) Ist der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen? Darüber hat man sich heute in der ersten Kommission der Völkerbundversammlung eingehend unterhalten. Schließlich beschloß man, im Kommissionsbericht festzuhalten, daß der Begriff, wonach der Angriffskrieg ein internationales Verbrechen ist, leider noch nicht in das positive Recht eingedrungen ist. Die Kommission gibt aber einstimmig der Ansicht Ausdruck, daß alles getan werden muß, damit dieser Begriff ein wahrer juristischer Begriff werde, der ebenso klar in seinen Definitionen, wie allgemeingültig in seinen Folgen ist.

## Alleine Auslandsnachrichten.

Ukraine in Persec. Das Tcherni wird gemeldet: Wegen Stromangels erzwang eine Menschenmenge die Schließung des Hauses und vor der das Parlamentsgebäude. Sie schlug die Türen und Fenster des Gebäudes ein und rückte im Inneren Schichten an. Parlamentsmitglieder, die zu flüchten versuchten, wurden verhindert. Der Militärgouverneur verlor die Fassung zu bewältigen, jedoch ohne Erfolg. Die Kundgebungen dauerten an.

Die tschechische Offensive in Serbien hat erneut begonnen. Wie ich das "Journal" aus Prag weiß, läuft jeder die bei Gebäude gelandeten sowjetischen Truppen, 15.000 Mann stark, zum Tode. Sie sind die Rechnung, schnell! Der nächste Zug geht uns heilig zu, Großmutterchen, bemerkte ich in der Nähe der Todes zu bewältigen. Das Kind ist es jetzt?

„Heute ist es jetzt?“

„Das ist unglaublich! Na, ganz egal!“ Utez Ivanowitsch, Gels habe ich mich nicht eine Sekunde mehr. Da habt du noch zwei Sekunden gehabt, jetzt sollst du den Kontakt und meistest mir das aus und mir. Sonst habt ihr kein Geld zum kaufen.“

„Na ging hin. Wie ich nach einer halben Stunde ins Hotel zurückkam, fand ich bei der Tante die sämtlichen unterlegten Verteilungen waren sie über die Wohnung, daß die Tante nach Mücken zerquetschte beschäftigte, auch mehr bestürzt als überzeugt. Übrigens wurde durch diese Untreue das ganze Vermögen der älteren Dame angetastet; aber nur der anderen Seite: was sollte jetzt aus dem General werden? Wer würde die Güter anderen befehligen? Wiederholte Maria wieder ausgespielt, gleich jetzt mit dem kleinen Martin über: kommt zusammen, denken. Sie zitterte alle bei der Tante, tröstete sie und redete ihr sinnlos zu. Polina war wieder nicht dabei. Die Tante hätte Maria gewünscht zu:

„Wartet doch die Familien! Was geht euch die ganze Geschichte aus? Was kostet sich dieser Verteilungsraum oder Wohnung? Ich kann mir nicht vorstellen, wieviel es kostet.“

„Was kostet sie?“ Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“ „Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

„Sie kostet nicht viel und geringe Summe.“

## Abschluß der Pfandbriefstandalaffäre im Landtag.

Der Landtag führte am Mittwoch die Aussprache über den Standart des Landespfandbriefanstalt zu Ende. Abg. Ladenbörff (Wirtschaft) brachte es fertig, den ganzen Skandal als Ausmisch des „am Markt des Volkes nagernden Sozialsozialismus“ hinzuholen. Nicht die Adelsbücher, nicht Habschneider, Würdiger und Beiträger, mit denen das Webskonsortium zusammen arbeitete, nicht die Fachleute und Funktionäre der Landespfandbriefanstalt, die den Gaunern das Fundament erschütterten, sind schuld — die bösen Sozialdemokraten und die Verantwortlichen!

Wohlfahrtsminister Hirschfuer (Str.)

entstellt: Es handelt sich bei den Aufgaben der Landespfandbriefanstalt nicht um Staatssozialismus, sondern lediglich um die Pflicht des Staates, für die Unterbringung der großen Masse der minderbemittelten Bevölkerung zu sorgen. (Große Unruhe rechts.) Das Kapital der Anstalt beträgt gegenwärtig mehr als 18 Millionen Goldmark, der Pfandbrieflauf mehr als 10 Millionen. Ein treuhänder leitet das Ablaufgeschäft. Herr Ladenbörff hat für keine Behauptung, daß die Wohnungsfürsorge-Gesellschaften die fatale Situation der Anstalt verschuldet hätten, nicht den geringsten Beweis gebracht. Hätte die Anstalt nur möglichst eng mit diesen Gesellschaften gearbeitet — es wäre ihr dadurch nicht gewesen; denn diese Gesellschaften erzielten die Anstalt viel Verwaltungskosten. Die Realcreditnot ist durch die Anstalt verantwortlich worden, und für sie kann die Reizierung nicht verantwortlich gemacht werden. Die Anstalt wurde 1922 durch einstimmigen Beschluß geschaffen, und sie ist heute notwendiger denn je.

Abg. Hamburger (Soz.)

stellte gegenüber den Verdrehungen Ladenbörffs noch einmal klar und deutlich das Ergebnis der Untersuchungen mit, nachdem er das Märchen, daß früher unter dem Regime solche Standarde nicht vorgekommen seien, mit dem Hinweis auf die Namen Tippelskirch und Hammerstein abgetan habe. Er führt weiter aus: „Zwischen den Vorgängen in der Staatsbank und denen bei der Landespfandbriefanstalt besteht eine auffällige Ähnlichkeit: hier wie dort ist es das alte, rechtsstehende Beamtenamt, das hochgepreisene Fachmentum, das versagt hat, sobald es eine etwas schwierigere Situation gestellt wurde. Wahrscheinlich Herr Nehring, der der Rechten angehört, ist ein ehrgeiziger Fachmann! Millionen werden abgegeben, ohne daß Belege oder Erkundigungen gefordert und eingezogen werden. Der Aufsichtsbehörde werden verdeckte Berichte vorgelegt. Herr Nehring genügte es, wenn Herr von Carlowitz sagte, Herr von Eichdorff sei ein gutmütiger Mann, oder wenn Herr von Eichdorff versicherte, Herr von Carlowitz sei ein reicher Mann. Der Adelsname war für Herrn Nehring Bürgschaft genug. Direktor Lüders leistete sich falsch Buchungen, Bilanzschleierungen und Kreditbergebae ohne Dokument — alles auf den adeligen Namen und das adlige Auftreten des Schieberadioriums hin. Wie schwer hatten es die Gemeinden, wenn sie von der Anstalt Kredite bekommen wollten! Wie leicht aber fanden es dagegen die Adelsbücher. Hier liegt die Korruption. Herr von Tschewitsch steht vorteilhafter von den übrigen Standarten ab, aber rein ist er auch nicht. Er hat zunächst keine Güter überlassen und dann Spekulationsgeschäfte getrieben und dabei versucht, mit Valutakontrollen die Massnahmen der Reichsbank zum Schutz der Währung zu umgehen. Die Herren von der Rechten sagen jetzt, eigentlich Verluste seien nicht entstanden. Das wird sich erst nach der Ablösung des Geschäftes zeigen. Jedenfalls sind Millionen für Spekulationsgeschäfte freigesetzt worden, die nun nicht wieder ihren eigentlichen Zweck, den Wohnungsbau, herangeholt werden können. Mit dem Geld, das zur Siedlung abgebauter Beamter bestimmt war, ist geschoben und erpreist worden. Die Aufsichtsbehörde hat trotz der gebenen Fingerzeige nicht rechtzeitig Klarheit gefordert. Warum? Weil man die rechtsstehenden alten Beamten schonen wollte. Hätte an der Stelle des Herrn Nehring oder des Herrn Lüders ein Republikaner gestanden, dann wäre binnen 24 Stunden eine strenge Untersuchung eingeleitet worden. Dann hätte sich sehr rasch ein Herr Kühmann gehalten. Wären anstelle des Adelskonsortiums linistische Verbündete in den Standart verwickelt gewesen, dann hätte ein geradezu ohrenbetäubendes Geschrei und Gebrüll über „logistische Wirtschaft“ ganz Deutschland erfüllt. Da nun aber die Dinge umgekehrt liegen, plädieren die Rechtsparteien auf einmal für mildende Umstände und erläutern den ganzen Skandal für eine unpolitische Sache. Was den Deutschnationalen bequem ist, ist für sie unpolitisch. Allein die Herren mögen sich drehen und wenden, wie sie wollen, der Korruptionskampf ist aufgehoben; die Schande bleibt an den Adelsfreunden hängen.“

Abg. Leinert (Soz.) stellt an Hand des Protolls des Auskusses klipp und klar fest, daß Herr von Ritterwitz und die anderen Herren des Adelskonsortiums sich auf körnliche Hypothekensicherungen des Landesbundes gefüllt haben; infolgedessen hat auch Reichsrat Nehring auf den Landesbund vertraut. Abg. Grindmann (Ept.) machte einen Ärger über den Ausgang der Untersuchung des Standards bei der Landespfandbriefanstalt Lust. Er erklärte, seine Parteifreunde seien im Gegensatz zu Leinert, der gelangt habe, die Befreiung mit dem Ausgang der Untersuchung aufzutreten, über diesen Ausgang zufrieden. Abg. Leinert (Soz.) stellt an Hand des Protolls des Auskusses klipp und klar fest, daß Herr von Ritterwitz und die anderen Herren des Adelskonsortiums sich auf körnliche Hypothekensicherungen des Landesbundes gefüllt haben; infolgedessen hat auch Reichsrat Nehring auf den Landesbund vertraut.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nachricht über die neue Verhaftung des Ehemanns der Reichsrat Nehring, der während des Krieges zu Leinert, der gelangt habe, die Befreiung mit dem Ausgang der Untersuchung aufzutreten, über diesen Ausgang zufrieden.

Schlagfertig antwortete Leinert: Wir können diese Unzufriedenheit der Deutschen Volkspartei nachfühlen: sie hat ja sofort, als der Skandal des Adelskonsortiums sichtbar wurde, die Entstehung der Untersuchung durch den Landtag gefordert.

Zur Abstimmung werden die Ausschlußanträge, die Sicherungen der Landespfandbriefanstalt gegen ähnliche Vor kommisse fordern, angenommen. Das

geschieht dann mit der zweiten Lesung des Wohl-

Wahlrechts; die allgemeine Aussprache findet erst am Donnerstag statt.

## Hitler gegen die andern Völkischen.

München, 23. September. (Eigener Drahtbericht) Die Nationalsozialisten im bayerischen Landtag haben eine sehr klare bestehende neue Fraktion gegründet, die in dem anderen völkischen Flügel in Schärfstem Gegensatz steht. Hitler hat erklärt, daß die Duldsamkeit gegenüber den völkischen Gründern jetzt ein Ende haben soll und diese infame Querulant, Störenfriede und Ränkeschmiede“ künftig für jeden Sieb zwei andere bekommen würden. Ladenbörff wiederum lädt mitteilen, daß er jedem Hitler gegen Hitler verurteile. — Eine khöne Gesellschaft.

Neue Verhaftungen unter dem Verdacht rechtsradikaler politischer Blöcke. Im Zusammenhang mit der Verhaftung des früheren Heimwehleiters Klapproth sind jetzt in Berlin mehrere neue Festnahmen erfolgt. Es handelt sich unter anderem um den ehemaligen Führer Hellmuth Meier, der während des Kästnerprozesses im Hof zu Hohenberg bei Döbeln eine Rolle gespielt hat. Die Untersuchung wird nach der Richtung hin geführt, ob die festgenommenen zusammen mit Klapproth den Leutnant Sand im Döbelner Gefecht beteiligt waren. Von Meier wird behauptet, daß er der Kopf des früheren Obersteuermanns Kästner gewesen ist, der sich schon in den nächsten Wochen in Landsberg gegen die Anklage der Urheberschaft mehrerer Feinde vorzubereiten habe. Meier und die anderen festgenommenen werden zu verantworten haben.

## Neuordnung der Zusammensetzung des Reichsrats.

Dem Preußischen Landtag liegt jetzt zur Abstimmung des Gesetzes über die Befestigung von Mitgliedern des Reichsrates durch die Provinzialverwaltungen ein Gesetzentwurf vor, dessen einziger Artikel die Streichung des § 10 des Gesetzes vom 3. Juli 1921 fordert. Die Streichung bedeutet für die Provinzen Ober- und Niederschlesien, daß an Stelle des beiden Provinzen gemeinsamen Provinzialausschusses als Wahlkörper die Einzel-Provinzialausschüsse zuständig werden. Unmittelbar nach der nächsten Neuwahl der Einzel-Provinzialausschüsse von Nieder- und Oberschlesien hätte dann durch diese Ausschüsse auch die Neuwahl der von den Provinzialverwaltungen bestellten Mitglieder zu erfolgen, während die bisherigen Mitglieder ihr Amt bis zum Eintritt dieser Mitglieder ausüben.

Die Sozialdemokratische Fraktion hat zu der vorliegenden Gesetzesänderung noch folgende weitere Forderungen geformt: Jeder Wahlkörper wählt im Wahlgange ein Mitglied und ein stellvertretendes Mitglied zum Reichsrat. (Vorlage des § 2, Absatz 2). In Fällen vorübergehender Behinderung ist jedes Mitglied verpflichtet, mit der Vertretung seines gewählten Stellvertreter oder eines der vom Staatsministerium bestellten Mitglieder zu beauftragen.“ (Neuer Absatz 3 zu § 6). Die Vorlage über die Richtung der Stimmegebung im Reichsrat werden zwischen den bestellten und den gewählten Reichstagsmitgliedern vorbereitet. Kommt hierbei eine Einigung nicht zustande, so hat jedes der gewählten Mitglieder das Recht, eine nochmalige Beratung des Gegenstandes mit dem Staatsministerium zu verlangen. In den Ausschüssen des Reichsrats führt ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied die Stimme Preußens. In den Vollzügen des Reichsrats werden die Stimmen Preußens, gemäß der Entscheidung der Vorberatung, einheitlich durch ein vom Staatsministerium bestimmtes Mitglied Nieder- und Oberschlesiens zu bestellenden Reichsratsmitglieder zu sein. „oder zu seiner von dem Reichsrat der Vorberatung abweichen“ (Neue Fassung des § 8).

## Sowjetrussische Justiz.

Goz und Timofejew wieder im Gefängnis.

In einer Rede auf dem internationalen Kongress in Mailand hat Genosse Otto Bauer von der erneuten Verhaftung des russischen Genossen N. Goz Mitteilung gemacht, und diese Verhaftung als einen besonders abscheulichen Akt der Sowjet-tyrannei bezeichnet.

Diese Kennzeichnung trifft durchaus zu. Goz ist eines jener Mitglieder des Zentralkomitees der Sozialrevolutionären Partei Russlands, die an dem berühmten Moskauer Prozeß im Sommer 1922, an dem Bandenkriege, Rojew und Theodor Liebknecht als Verleidiger teilnahmen, zum Tode verurteilt, dann begnadigt und erst vor kurzem, nach fünfjähriger, qualvoller Gefängnishaft, nach einem abgelegenen Verbannungsort verächtigt wurden.

Die an sich schon ungeheurelle Tatfrage dieser Verhaftung gewinnt einen um so abschaulicherem Charakter, wenn man die Ursache berücksichtigt, die sie hervorgerufen hat. Denn als Ursache dieser Verhaftung diente die Veröffentlichung des bekannten Briefes von Goz an Edo Timmern in der ausländischen sozialistischen Presse, der schon zu der Zeit geschrieben wurde, als Goz noch im Gefängnis stand. In diesem Briefe deutet Goz den Schwund des Mitarbeiters der offiziellen „Sowjetika“ auf, der unter Berufung auf Timmen in seiner Zeitung erläutert hatte, daß Timmen angeblich den Genossen Goz gesehen habe, und zwar nicht im Gefängnis, sondern in einer prächtigen Villa außerhalb der Stadt, in außergewöhnlich günstigen, höchsten Verhältnissen. Timmen sah sich nach Veröffentlichung des Briefes von Goz gezwungen, öffentlich einzugehen, daß er Goz überhaupt nicht gesehen, und daß der Mitarbeiter der „Sowjetika“ in der Tat in unverschämter Weise gelogen habe.

Aus Rache für diese Entlarvung des bewußten Schwundes des offiziellen Sowjetorgans hat die bolschewistische Presse nun erneut den mutigen Kämpfer für Demokratie und Sozialismus in den Kerker geworfen. Kann es eine gemeine Handlungswise geben als diese Verhaftung? Wie muß sich nun Edo Timmen fühlen, deinen seitige Sichtweisen angehoben der Schwundsnachricht des Mitarbeiters der „Sowjetika“ den gesangenen Goz zwang, unter Mißachtung der dadurch veraufschworenen Gefahren seinen offenen Brief in der ausländischen Presse zu veröffentlichen. Wird nun jetzt wenigstens Edo Timmen seine Pflicht erkennen, öffentlich gegen die Verhaftung von Goz zu protestieren, der Freiheit und Gesundheit opfern muß, weil Timmen zu seige gewesen ist, selbst die Wahrheit aufzudecken?

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Nachricht über die neue Verhaftung des Genossen Goz bei den Arbeitern der ganzen Welt die tiefste Erregung auslösen wird. Diese Erregung wird sich noch verstärken, wenn die Arbeiter erfahren, daß ein weiterer Teilnehmer des Moskauer Prozesses, der Sozialrevolutionär Timofejew, der schon in den zaristischen Zuchthäusern länger als 10 Jahre zugebracht hat, nach einer kurzen

## Aus aller Welt.

Der Verkehr in Berlin.

Nach Mitteilungen des Berliner Städtischen Verkehrsamtes wurden im August im Nahverkehr 121,3 Millionen Fahrgäste befördert, täglich also fast 4 Millionen. Die Berliner Straßenbahn hat mit 67,4 Millionen Fahrgästen ihren Rückgangsstand wieder erreicht. Die Stadt-, Ring- und Vorortbahn hat dagegenweise 36 Millionen befördert. Der Verkehr auf der Hoch- und Untergrundbahn stieg auf 11,3 Millionen, der der Omnibusgesellschaft auf 8,6 Millionen.

## Handelsjahr 1921.

In einer Berliner Lackfabrik ereignete sich gestern nachmittag vor 2 Uhr eine schwere Explosion. Zwei Arbeiter der Fabrik wurden durch Stichlampe schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

## Das Schiff der Arbeit.

In einer Berliner Lackfabrik ereignete sich gestern nachmittag vor 2 Uhr eine schwere Explosion. Zwei Arbeiter der Fabrik wurden durch Stichlampe schwer verletzt und mußten ins Krankenhaus gebracht werden.

Ein seltenes, dafür aber offenes Beben erschütterte in dem Ort Hauswalde bei Pulsnitz (Sachsen) der Landwirt Max Bär im Schlaflausch, dem er als Müdigkeit angegeben, ob er vielleicht in einer öffentlichen Sitzung bei Beratung der Besetzung einer viersten Lehrstelle: „Drei Lehrer sind für unseren Ort schon zu viel. Die Kinder werden zu schlau durch die viele Schule und es werden doch Dumme auch gebraucht, damit die Landwirtschaft keine Gefinde bekommt.“ — Der Mann hat hier einmal alles offen das ausgesprochen, was viele der Herren von Er und Halm im Inneren tatsächlich wünschen und meint oder minder offen auch schreibt.

## Das Schiff im Tiefe.

Ein Betreuerin ließ vorgestern die Mannschaften nach dem Hause Torgauer Straße 8 in Berlin-Schöneberg. Hier wurde in seiner im vierten Stockwerk gelegenen Wohnung der dreizehnte Sohn eine Tochter, Karoline, das am Sonntagabend aufgetauchte Kind, aufgefunden. Nach den bisherigen Erkenntnissen liegt sie auf dem Rücken. Eine Untersuchung der Polizei ergab, daß sie tot ist. Der Mann ist der Vater des früheren Oberleutnants Carl Bär, der jetzt in einer Wohnung Düsseldorf wohnt. Der Mann ist der Vater des früheren Oberleutnants Carl Bär, der jetzt in einer Wohnung Düsseldorf wohnt. Der Mann ist der Vater des früheren Oberleutnants Carl Bär, der jetzt in einer Wohnung Düsseldorf wohnt.

Periode verhältnismäßiger Freiheit in der Verbannung, jetzt wieder von der bolschewistischen Ischfa verhaftet und ins Gefängnis gelpert worden ist.

Haben die deutschen „Delegierten“, die einige Wochen Russland bereist haben, über diese schändlichen Handlungen der Sowjetregierung nichts zu sagen?

## Der Arbeitsmarkt Schlesiens.

In der Berichtswoche hielt sich in der Provinz Niederschlesien die Zahl der Arbeitssuchenden auf der Höhe der Vorwoche (23.220, Vorwoche 23.223). Die Zahl der gemeldeten offenen Stellen stieg von 6260 auf 6986. Die Zahl der Erwerbsunternehmensempfänger wies eine geringe Zunahme auf (von 8104 auf 8233).

In der Landwirtschaft hielt die starke Nachfrage nach Arbeitskräften zur Hochstruktur an. In einzelnen Bezirken (Schweidnitz, Liegnitz, Reichenbach, Görlitz) konnte der Nachfrage durch Gestellung von Kolonnen und Einheiten von Industriearbeitern (Reichs) abgegen werden. Im Rothenburger Bezirk wurde bereits ein starker Nachfrage des Bezirks erhöht.

In der Forstwirtschaft konnten aus den Kreisen Sprottau, Hirschberg und Wohlau eine Anzahl Vermittlungen verzeichnet werden.

Die Zahl der arbeitsuchenden Gärtner hat in Breslau stark zugenommen.

Im Bergbau konnte im Waldenburger Bezirk der Nachfrage besser als in der Vorwoche entsprechen werden. Der Landeshuter Bezirk ist noch immer aufnahmefähig für Häuser und Schlepper. In den Hüttwerken des Sprottauer Bezirks besteht der Bedarf an Formen und Formarbeiter weiter fort. In der Industrie der Steine und Erdöle fanden Entlassungen aus den Ziegelwerken in Mittelstein, Kreis Neustadt statt. Auch die Ziegelfabrik Frankenthal, Kreis Neumarkt, wurde entlassen. Der Streit in dem Steinbruch und Steinmetzbetrieb der Firma Zeidler & Wimmer in Wenzelsdorf, Kreis Löwenberg, konnte beigelegt werden. Die Rothenburger Glasindustrie ist gut beschäftigt. Dagegen nahm eine Glasfabrik in Weißstein, Kreis Waldenburg, Betriebsentlassungen zu. In der Glasfabrik der Grafschaft Glatz dauert die dreitägige Kurzarbeit an.

In der Metallindustrie stellten in Breslau die Linke-Hoffmann-Werke und die Firma Trelenberg eine Anzahl Maschinenarbeiter ein. In Görlitz wurde eine Anzahl Schlosser, Elektromontiere und Baumeister vermittelt. Die Nachfrage nach diesen ist hierzeitlich besonders stark. Auch eine Anzahl junger Arbeiter konnte in der Metallindustrie unterschoben werden. In Liegnitz haben die Maschinenwerke Ceres insgesamt 150 Schlosser, Dreher, Schmiede und Hilfsarbeiter entlassen. In Orlau fanden Entlassungen von Drehern und Schlossern bei der Firma Tschöpfer statt.

In der Textilindustrie beschäftigt die Fleckspinnerei Ullersdorf, Kreis Görlitz, infolge Kreditnot und Mangel an Aufträgen ihren Betrieb auf zwei Wochen stillzulegen (Betriebszeit 750 Mann). In Waldenburg wurden bei einer Spinnerei in Altawesel infolge Betriebs einschränkung etwa 380 Arbeiter und Arbeitnehmer zur Entlassung gebracht. Dagegen ist im Reichenbacher Bezirk die Lage noch als allmälig anzusehen; fast sämtliche Betriebe arbeiten voll und zum Teil mit Doppelarbeiten. Die Firma Dierig benötigt 30 jüngere weibliche Arbeitskräfte (Mutter und Tochter).

In der Papierindustrie muhte die Papierfabrik im Weißeritz-Kreis Haberschmid, ihren Betrieb weiter ein. Über gute Beschäftigungsmöglichkeiten in der Kartonagenindustrie wird aus Rothenburg berichtet.

Am Holz- und Schnittholzgewerbe liegt in Breslau die Zahl der arbeitsuchenden Holzarbeiter, während Bauarbeiter stetig gleichmäßig. Auch in Görlitz wurde eine Anzahl Bau- und Möbelarbeiter verkannt. Gleichzeitig fanden hier erledigte, tägliche Bautätigkeit. In Orlau fanden Entlassungen von Schlossern und Tischlerarbeiter statt. In Neusalz fanden Entlassungen von Tischlerarbeiter statt.

Im Papiergewerbe muhte die Papierfabrik der Reichsbahn Bedarf an Straßenarbeiten in Hirschberg, Görlitz und Liegnitz. Dagegen fanden Entlassungen in Brieg statt. In Orlau fand die dortige Kleinbahn eine Anzahl Erwerbsarbeiter zu Straßenarbeiten ein. In Görlitz hielt der Bedarf an jüngeren Arbeitern an.

Im Baugewerbe wurde ein weiteres Absinken des Beschäftigungsgrades beobachtet. Die Zahl der arbeitsuchenden Maurer und Zimmerer sowie Baupfarrarbeiter wurde. Im Lauborer Bezirk ist der Stoß der Zigarettenfabrik belegt, die Arbeit ist wieder voll aufgenommen worden. Die Zigarettenfabrik fand in verstärktem Maße bereits Arbeitsträger ein.

Im Bekleidungsgewerbe trat in Breslau eine Abberung nicht ein. In Görlitz hielt der Bedarf an jüngeren Arbeitern an.

Im Baugewerbe wurde ein weiteres Absinken des Beschäftigungsgrades beobachtet. Die Zahl der arbeitsuchenden Maurer und Zimmerer sowie Baupfarrarbeiter wurde. Im Lauborer Bezirk ist der Stoß der Zigarettenfabrik belegt, die Arbeit ist wieder voll aufgenommen worden. Die Zigarettenfabrik fand in verstärktem Maße bereits Arbeitsträger ein.

Für ungelernte Arbeitskräfte boten sich bei der Haushaltswirtschaft genügend Beschäftigungsmöglichkeiten. Auch zu Gedächtnis wurde eine Anzahl ungelernte Kräfte angefordert (Sprottau, Neumarkt, hier zum Bahnhof Bahnhof-Stadt Neumarkt) und Hirschberg zu Werkarbeiten im Gebäude.

Die Nachfrage nach größtem Haushalt personal hat sich gehoben.

Könnte festgestellt werden, daß in dem Glase des Sprossen eine starke Erfüllung erhalten war, nach deren Gerät er verschoben ist. Die Türein hat dann noch eine Verarbeitung der Wohnung vorgenommen und ist unbekannt entkommen.

## Unbedeutige Tote des Weltkrieges.

Wie der „Paris Soir“ berichtet, wurden in einem Walde bei Villeneuve im Somme-Departement sechs Skelette gefunden, die noch völlig unversehrt deutsche Uniformen trugen. Es werden infolgedessen nicht älter sein, die Namen der Toten festzustellen. In dem gleichen Walde befinden sich noch große Mengen von Kriegsmaterial, vor allem Artilleriegeschütze und Handgranaten, die noch nicht explodiert sind.



# 1. Beilage zur Volkswacht

Donnerstag, den 24. September 1925

Donnerstag, den 24. September 1925

## Sozialdemokratische Partei

Partei-Sekretariat:  
Gewerkschaftshaus, Zimmer 36  
Telephon: Orl 5652.



Der Beiratsparteitag für Mittel- und Oberschlesien findet Sonnabend, den 26., und Sonntag, den 27. September im Breslauer Gewerkschaftshaus statt. Es ist nachstehende wichtige Tagesordnung zu erledigen:

1. Geschäfts- und Kassenbericht (Berichterstatter: Mache und Deitmann).
2. Deutschlands innen- und außenpolitische Lage (Referent: Reichstagsabgeordneter Stelling).
3. Die Kreis- und Provinzialabstagswahl (Berichterstatter: Janotta).
4. Die Arbeit der Bildungsausschüsse (Berichterstatter: Chefredakteur Birndbaum).

Die Verhandlungen beginnen Sonnabend nachmittags 5 Uhr, werden Sonntag, vormittags um 9 Uhr, fortgesetzt. Der Sonnabend nur die Zimmer 7 und 8 zur Verfügung stehen können. Gäste leider nur in begrenzter Zahl zugelassen. Sonntag im kleinen Saal ist die Teilnahme einer breiteren Anzahl von Genossen als Gäste möglich. Die Parteimitglieder und Genossinnen, die als Gäste an den Verhandlungen teilnehmen wollen, erhalten nur Eintritt nach Vorzeigung ihres Mitgliedsbuches, und dürfen nur an den für Gäste freilich stehenden Plätzen nehmen.

Das Referat des Genossen Stellin wird am Sonntag mittags als erster Punkt auf der Tagesordnung stehen.

Der Beiratsvorstand.

Beschließt! Es ist dringend erforderlich, dass die Bahnen Dritts zur Ausmündung für den Beiratsparteitag bis Sonnabend, den 26. September, mittags, in dem Sekretariat abgeliefert werden.

District 2. Die Beiratsfass ist rechts Montag, den 28. September, abends 8 Uhr, in Breslau, in der Gafftäle ab. Sämtliche Güter und Kassierkarten mitbringen.

## Breslauer Nachrichten.

Breslau, 24. September.

## Die Kinderfürsorge der Tat.

### Ein Vorbild für deutsche Großstädte.

Überzeugende Enthusiasten nennen unsere Zeit „das Jahrhundert des Kindes“. Fürwahr, wenn wir nach den Gezeiten, Verordnungen, Gesetzen und den literarischen Erzeugnissen schaue, so wird auf dem Gebiete der Kinderfürsorge viel geleistet.

Parlamentarier, Bürgermeister, Ärzte liegen im Eilen darum, um die Fürsorge für unseren Nachwuchs.

Die Paraphrasen des Reichsgesetzes für Jugendwohlfahrt sind gut gegliedert und geben Raum von der Säuglingsfürsorge bis zur Jugendhilfe für Schulkindern. Es steht alles sinnvoll auf dem Papier, in den Gemütern ist alles so leicht registriert, dass man der Meinung sein kann, die Not wären Kleinen sei nur vorbei.

Aber, was nützen alle auffärrenden Vorträge, Schriften, die unsre Mutter mit der Pflege, Ernährung und Erziehung des Kindes vertraut machen, wenn sie in der Praxis folge der sozialen Notlage unseres Volkes nicht angewendet werden können. Was nützen die schönen Gesetze und Verordnungen, ein Reich und Landet den Gemeinden die notwendigen Mittel entziehen. Was nützen schließlich die Gemüter und Ausschüsse, wenn die Einrichtungen fehlen, die erst eine praktische Kinderfürsorge ermöglichen.

Sagut der Wirklichkeit ins Angesicht! Wieviel junges Leben wird vernichtet, weil ihm nicht rechtzeitig gegeben wird. Biedel Kinder werden durch Verkehrsunfälle getötet oder zu Krippein, weil nicht genug Krippen und Hortes vorhanden sind. Wir preisen das Jahrhundert des Kindes — Wohnungsnott, Unterernährung, Tuberkulose raffen in den alten Großstädten jährlich circa 40 000 Kinder dahin.

Wo ist der Parlamentarier, der Verwaltungsbeamte, der jetzt der sich vor so viel vernichtender Kinderseelen der Verantwortung entziehen kann. Wo ist das öffentliche Gewissen, dass diejenigen wachrüttelt, die mit ruhigem Gemüte der Verbindung zuschauen. Dagegen schreien Syndikat der Arbeitgeberverbände, dass die Sozialausgaben des Reiches, der Länder und Gemeinden zu groß seien.

Die kapitalistische Gesellschaft kann auf diesem Gebiete nicht nachhaltiges und Durchgreifendes leisten. Sie begnügt sich mit einem Mittel, mildartigen Spenden, um ihr wahres Brutales nicht zu verborgen. Es bleibt der sozialdemokratischen Gemeindevertretung in Wien wiederum vorbehalten, der Welt ein Beispiel zu geben, wie eine Kinderfürsorge der Tat an die Probleme ansetzt.

Heute werden in den meisten deutschen Großstädten die Kinder in allerlei Heimen untergebracht, ohne dass die Jugendwirker und ihre ärztlichen Berater über den Wert der einzelnen Einrichtungen für die betreffenden Kinder im Klaren sein können. Ich habe der Zeit und die Überlastung der einzelnen Arbeitskräfte, sowie die mongolische Unterforschung und Beobachtungsfähigkeit, lassen diesverständlich erscheinen.

Um diesem Mangel abzuheben, hat die Hygiene-Abteilung der Wiener Gemeindeverwaltung ein großes, modernes Heim als Kinderaufnahmestelle eingerichtet. Hier müssen alle Kinder hin, vom Säugling, der ausgezogen worden ist, oder daheim nicht die richtige Pflege findet, bis zum geschrödeten Jugendlichen, der aus der Schule entwöhnt ist, ehe sie in einem geeigneten Spezialheim untergebracht werden. In dieser Anstalt, in der das Kind in der Regel drei Wochen verbleibt, werden die notwendigen Untersuchungen ange stellt, welche die Unterlagen für eine sachgemäße Unterbringung schaffen. Nicht nur der Gesundheitsdienst, die Herkunft und Schulbildung werden festgestellt, sondern die Charaktereigenschaften genauso beachtet. Entsprechend der Eigenart des Heimes kommen die Kinder mit der Außenwelt nicht in Berührung. Dagegen ist für alles gesorgt, was für die Kinderwelt notwendig ist. Selbst der Schulunterricht wird in diesem Heim fortgesetzt.

Bei Eintreten in dieses Durchgangs- oder Aufnahmehaus wird das Kind gebadet, die Kleider werden dekontaminiert und es selber mit einer Antiseptikösse und Kleidung versehen. Das eigene Waschzeug, Hausschür und für jeden Säugling die eigene Bettwärme, hier eine Selbstverständlichkeit, um jedeweile Übertragung von Krankheiten zu verhindern. Sollten Infektionskrankheiten

eingetreten, so ist dafür gesorgt, dass jedes Stockwerk isoliert werden kann.

Das Haus selber wurde nach den Grundsätzen der einfachen, monumental wirkenden Architektur ausgerichtet. Helle, Luft, Sauberkeit, die Voraussetzung für ein gesundes Wohnen, beherrschen das Innere des Gebäudes. Die Wände der einzelnen Räume bestehen aus einem 1 Meter hohen Eisenbetonsockel und sonst aus Glas, um nicht nur eine gute Belichtung der Zimmer, sondern auch eine bessere Auffrischung der Kinder zu ermöglichen. Bei keinem Raum fehlt die Poggia, die den Kindern bei Regenwetter den Aufenthalt im Freien erlaubt. Ein Garten und ein verdeckter Rückgang ergänzen die Annehmlichkeiten dieses Eldorados der Kleinen. In den Flurräumen und Treppenaufzügen und im Garten sind künstlerisch hochwertige Bildwerke ausgestellt, die Weihnachten das Motto „Mutter und Kind“ variieren.

So liefert Wien ein Beispiel nach dem anderen, wie eine sozialdemokratische Gemeindeverwaltung im Interesse des arbeitenden Volkes Aufbauarbeit leistet. Gewiss ist dies noch kein Sozialismus im Sinne unserer Zielsetzung. Es werden ja nur die Kunden geholt, die uns die kapitalistische Gesellschaftsordnung schätzen.

Aber ein Auschauungsunterricht solcher Art zeigt dem arbeitenden Volk, wie die sozialistische Bewegung die Keime einer besseren Gesellschaft in sich birgt. Man kommt nicht mit dem Hinweis, dass Wien als selbständiger Bundesstaat die Steuerfreiheit besitzt, um unerfreuliche Großstädte fehlt, um ähnliches zu schaffen. Es ist nicht nur eine gute Gemeindewirtschaft, die solche Werke ermöglicht, sondern auch der energische Wille und eine sozialistische Mehrheit notwendig, um das „Jahrhundert des Kindes“ zu verwirklichen.

H. L.

### Die Anmeldeschift für die neuen Lehrgränge der Technischen Abendschule.

läuft morgen abend 7 Uhr ab.

Diese Einrichtung bietet den in den metallverarbeitenden Betrieben tätigen und vorwürtzstrebenden Arbeitern die Möglichkeit der wissenschaftlichen Durchdringung des Arbeitsprozesses.

Der Aufbau der Technischen Abendschule ist streng methodisch und knüpft an die erworbene Volkschulkenntnis an. Besonderer Wert wird auf die theoretische Ausbildung in Elektrotechnik und Maschinenbau gelegt.

Der Ausbildungsgang ist auf sechs Halbjahre verteilt und gliedert sich wie folgt:

1. Semester (6. Klasse) Wiederholung des bürgerslichen Rechens, ausschreitend zur Arithmetik und Planimetrie.

2. Semester (5. Klasse) Arithmetik und Algebra, Planimetrie, darstellende Geometrie, technische Mechanik.

3. Semester (4. Klasse) Mathematik (Algebra und Trigonometrie), Mechanik (Statik, Dynamik und Festigkeitslehre), darstellende Geometrie, Elektrotechnik.

4. Semester (3. Klasse) Mathematik (Algebra und Stereometrie), Mechanik, darstellende Geometrie, Maschinenelemente, Elektrotechnik.

5. Semester (2. Klasse) Mechanik, Maschinenelemente, Maschinenschule, Elektrotechnik, Maschinenelemente.

6. Semester (1. Klasse) Mechanik, Maschinenelemente, Maschinenelektrotechnik, Maschinenelemente.

Die näheren Bedingungen sind noch heut und morgen nachmittags von 5 bis 7 Uhr im Zimmer 44 des Gewerkschaftshauses zu erfahren, wo auch die Anmeldungen vorgenommen werden können.

Die Neujahrsversammlung für das Winterhalbjahr 1925/26, in der auch die Altklassenleitung vorgenommen wird, findet am Freitag, den 2. Oktober, abends 8 Uhr, im Zimmer 3 des Gewerkschaftshauses statt.

### Ist der Breslauer Konsum-Verein ein handelsgewerbliches Unternehmen?

Mit dieser Frage beschäftigte sich diejer Tage das Kaufmannsgericht. Eine im Breslauer Konsum-Verein angestellte Verkäuferin war vom 9. Februar bis 24. März krank und erwerbsunfähig. Sie erhielt während dieser Zeit Krankengeld und Krankenhausbehandlung aus der Betriebskasse der Beklagten. Die hierfür verausgabte Summe wurde ihr vom Gehalt abgezogen. Die Klägerin erhob Einpruch gegen den Abzug und verlangte Zahlung der zurückbehaltenden Beträge mit der Begründung, dass sie laufmännische Angestellte sei und der § 63 des Handelsgesetzbuches auf sie Anwendung finde.

Die Beklagte erhob Widerklage und verlangte Abweitung der Klägerin unter Gefundenmachung folgender Gründe: Das Kaufmannsgericht sei für die Klage unzuständig; der Konsum-Verein sei weder im Vereins- noch im Handels- oder Genossenschaftsregister eingetragen, gelse also nicht als Kaufmann. Er betreibe kein Handelsgewerbe, da sein Betrieb nicht auf Erzielung eines Gewinnes, sondern nur dahin gerichtet sei, seinen Mitgliedern gute Waren zu möglichst niedrigem Preise zu verschaffen. Der infolge dieser Kalkulation sich ergebende Überschuss sei nicht als Gewinn angesehen, da er teils als Dividende unter die Mitglieder verteilt, teils, soweit notwendig, als Reserven zurückgelegt werde zur Stärkung des Vereinsvermögens.

Die Klägerin hatte ausgeführt, dass der Konsum-Verein auch an Nichtmitgliedern verkaufe, er betreibe also ein Handelsgewerbe.

Das Kaufmannsgericht erklärte sich für zuständig und verurteilte die Beklagte zu Zahlung von 192 Mark und den Kosten des Rechtsstreits. Mit der Widerklage wurde die Beklagte abgewiesen. Das Gericht war der Ansicht, dass der Konsum-Verein als Kaufmann anzusehen ist und ein Handelsgewerbe betreibe. Es ist jedoch bekannt, dass er Waren nicht nur an Mitgliedern abgibt, sondern in seinen Verkaufsstellen die Waren wahllos an Mitglieder und Nichtmitglieder abgibt, dass ferner eine Nachprüfung der Mitgliedschaft nicht stattfindet und dass die Zahl der laufenden Nichtmitglieder im Verhältnis zu der Zahl der laufenden Mitglieder eine so große ist, dass sie von dem Vorstand des Vereins als tausendstes Publikum bei der Bestellung von Waren nicht berücksichtigt wird. Das Gericht ist zu der Schlussfolgerung gekommen, dass der Verein die Tatsache weiß, dass ein großer Teil des laufenden Publikums aus Nichtmitgliedern besteht und den auf diese Käufer entfallenden Gewinn kennt, und dass diese Tatsache in der an die Mitglieder auszugschreibenden Dividende in Erscheinung tritt. Der B. C. V. berücksichtigt diese Gewinnerzielung in seiner Preisfeststellung und stellt letztere darauf ein. Es ist wohl richtig, und wird durch das Wesen des Konsum-Vereins begründet, dass diese im Allgemeinen

nicht Gewerbebetriebe in gewöhnlichem Sinne sind. Sie sind nur dann als Kaufmann angesehen, wenn sie entweder eine getragen sind oder wenn besondere Umstände vorliegen, aus denen geschlossen werden muss, dass der Betrieb der betreffenden Genossenschaften den Charakter eines Handelsgewerbes erhält. Diese besondere Umstände sieht das Gericht eben in der Tatsache, dass der Verkauf auch an Nichtmitglieder erfolgt. Die in einem Handelsgewerbe zur Leistung Kaufmännischer Dienste gegen Entgelte Angestellten sind daher Handlungsgehilfen im Sinne des § 59 H. B. und es steht ihr während der ersten 6 Wochen ihrer Erkrankung das volle Gehalt zu. Die Abzüge sind hier also zu Unrecht erfolgt. Da die Höhe der Summe nicht bemängelt wurde, besteht der Anspruch der Klägerin in voller Höhe.

### Krankenhäuser oder Erholungsheime?

In der Breslauer Stadtverordneten-Versammlung am 17. d. Ms. wurde von dem deutchnationalen Stadtverordneten Prof. Dr. Karl Goebel behauptet, die Krankenhäuser handeln unsozial und rigoros. Und zwar dadurch, dass die Krankenhausmitglieder oft zu kurze Zeit in den Krankenhäusern beladen werden. Wenn die Kassenärztliche den Mitgliedern einen längeren Aufenthalt in den Krankenhäusern genehmigen würden, dann brauchten sie weniger oder gar keine Erholungsheime.“ Auf meine Erwiderung schäppte noch Stadtverordneter Dr. Goebel die Krankenhäuser erheblich seine Bezahlung.“

Die Tatsachen sind folgende:

1. Die Allgemeine Ortskrankenfasse zu Breslau hat für die Zeit vom 1. Januar bis 30. Juni 1925 für Krankenhausbehandlung 362 480 Mark, für die gleiche Zeit 1924: 168 532 Mark ausgegeben, also eine Steigerung um mehr als das Doppelte (115%). Die Mitgliederzahl betrug im ersten Halbjahr 1925 im Durchschnitt 138 000, 1924: 123 000, mithin eine Steigerung um mit 15%. Eine ähnliche Steigerung der Krankenhausbehandlung dürfte auch bei allen übrigen Krankenfassen zu verzeichnen sein. Die Ausgaben für ärztliche Behandlung sind von 394 260 Mark im ersten Halbjahr 1924 auf 712 425 Mark im zweiten Halbjahr gestiegen.

2. Die leitenden Ärzte bzw. Oberärzte erhalten in Stifts-Krankenhäusern für ihre dortige Tätigkeit von der Krankenhausverwaltung je Tag 6% Vergütung vom täglichen Verpflegungsjahrl für jedes Kassenmitglied. Mithin 27 Ps., der tägliche Verpflegungsjahrl für Kassenmitglieder zurzeit bereits 4,50 Mark beträgt. Vor dem Kriege (1914) betrug er 2.—Mark, in den früheren Jahren 1.—Mark und 0,75 Mark. Zurzeit befinden sich in den Krankenhäusern 722 Mitglieder der Allgemeinen Ortskrankenfasse zu Breslau; ferner 188 Angehörige von Kassenmitgliedern.

Für jede Operation in Krankenhäusern, die durch Kassenärzte bei Kassenmitgliedern ausgeführt wird, leistet die Kasse außer dem Verpflegungsjahrl durch den Verein der Kassenärzte noch eine besondere tarifliche Zahlung.

Sollte hieron tatsächlich der Stadtverordnete Dr. Goebel, der Kassenärzt und leitender Art im Krankenhaus Betschani, Klosterstraße, ist, seine Kenntnis haben?

Für den Fall, dass wieder einmal das Bedürfnis zur Anwendung von Krankenfassen besteht, Krankenhausbehandlung vorliegen sollte, sei folgendes bemerkt:

Eine auswärtige Krankenfasse überwies ein Mitglied (Zimmermann) nach Breslau zur stationären Krankenhausbehandlung wegen einer kleinen Fingerentzündung. Dieses Mitglied wurde monat lang im Krankenhaus behandelt, macht dort alle vor kommenden kleineren Zimmer- und Tischarbeiten, wofür noch alltäglich einebare Entlohnung an das Mitglied gezahlt wurde. Die Krankenfasse musste dagegen die vollen Kosten der Krankenhausbehandlung tragen.

E. Wieder, Stadtverordneter.

### Einer, der sich gern reden hört.

Uns wird geschrieben:

Vor kurzem versuchte der in der Partei- und Gewerkschaftsbewegung starken ehemalige Bäcker und jetzige Bäckergehilfe beim Wohlfahrtsamt, Hermann Müller, eine Bäckergehilfenvorstellung zu hören. Als ihm dieses nicht gelang und er durch das energische Auftreten des Vorsitzenden aus dem Versammlungsraum gewiesen wurde, berief er von sich aus eine Bäckergehilfenvorstellung nach dem Bürgergarten ein.

Es würde der Ehre aufstellen sein, wollte man zu seinem von Schlagworten nur so strotzendem Referat etwas sagen. Seine Ausführungen waren eine Unwahrheit nach der anderen und bildeten eine einzige Phrase.

Wer die politische Laufbahn dieses Herrn kennt, kann ihn nicht mehr ernst nehmen. Von der Sozialdemokratischen Partei ging er zur USPD, von hier zur KPD, von der KPD wieder zur USPD. Nach der Einigung wurde er wieder Mitglied bei der SPD, und jetzt ist er partilos. Er möchte zu gerne von sich reden.

Müller hat in Breslau schon offenbar perjekt: Als Demonstration bei den Gewerkschaften. Wer kennt nicht seine Reden, die er von fast jeder Ringbörse herab gehalten hat. Als Vorsitzender des Auswanderervereins hat er Tausenden von Breslauer Arbeitern das Paradies in Brasilien versprochen, doch niemand hat es gehen. Die jauer verdienten Groschen, welche als Vereinsbeiträge bezahlt wurden, hat niemand wiederzugeben. Niemand weiß, was dafür geleistet wurde und selbst verschwundene Mitglieder des Vorstandes können über den Verdienst des letzten Geldes keine Auskunft geben.

Wann wird Hermann Müller eine neue Sache aufziehen? Wann wird sein Glückselern trotz seiner großartigen Fähigkeiten am Himmel leuchten? Oder sollte er es nicht lieber einmal bei den Halbketzern und Deutlich-Wölkchen versuchen? Dann wird vielleicht eine neue Taten.

### Der Vorortverkehr nach Brieg.

Einigen haben Herren in der Reichsbahndirektion Breslau wäre es wünschenswert, dass sie gewünscht wären, in Orlau oder Brieg zu wohnen und täglich aus Berufsgängen 4. Klasse hin und zurück nach Breslau fahren müssten. Die unihaltbaren Zustände bei den Früh- und Abendzügen würden dann bald geändert sein. Wie gewöhnlich der deutsche Arbeiter ist, das kann man täglich bei diesen Fahrten beobachten. Nur wenige haben das Glück, einen Sitzplatz zu bekommen. Sitz in einem Abteil beispielsweise 18 Sitzplätze vorgeschrieben, kann man bestimmt rechnen, dass 30-40 Männer sitzen müssen, wollen sie mitfahren. Die berühmte Sardinensäule hat die Heringstone ist der richtige Vergleich mit so einem Abteil 4. Klasse. Aber der Arbeiter

## Zum Einweichen

der Wäsche gibt es nichts besseres. Die schmeichelnde Wirkung des sehr duftenden Henko, Henko's Wäsche, und die Säule ist gerade überraschend. Nehmen Sie Henko, Sie erleichtern sich das Waschen außerordentlich!





# Gewerkschaftsbewegung.

Die soziale Lage der Beschäftigten im Gesundheitswesen in Schlesien und ihre nächsten Aufgaben.

Berl. 2. Febr. Breslau.

Mitglied des Kuratoriums städtischer Krankenhäuser.

Wie später als die übrige Arbeiterschaft Deutschlands ist das Personal der Krankenanstalten zu gewerkschaftlichen Organisationen und damit zur Verbesserung der Sozial- und Arbeitsverhältnisse gekommen. Das lag für jeden Kenner der Dinge an den verschiedenen Ursachen, die aufzuzählen notwendig sind, um zu einem Urteil zu gelangen, warum ich Widerstand gegen die Ausbeutung ein noch so geringer, ihre Stärke ist noch nicht die einheitliche und damit die Erfolge dieses Kampfes entgegen der übrigen freigewerkschaftlichen Arbeiterschaft in ungleich groß sind. Zuerst ist es die Ungehobenheit im Arbeitsbetriebe, Kontrolle der Verwaltungen und deren Organe, nicht zuletzt aber befinden sich besonders unter den höheren und mittleren Angestellten noch starke Gruppen, die der bürgerlichen Berücksichtigung entzammen, deren besondere Ideologie zu brechen, eine der Hauptaufgaben ist. Ohne die Überwindung, hervorgerufen durch Selbstkenntnis und Vergleich mit anderen ähnlichen Berufskräften oder durch den darausfließenden gewerkschaftlichen Aufklärungsunterricht, werden sich diese nie als einen Teil einer Klasse fühlen, die dazu berufen ist, eine neue Gesellschaftsordnung einzuführen, wie das bei dem übrigen Proletariat bereits der Fall ist. In allen kapitalistischen Ländern der Welt befindet sich die Klasse der Arbeitenden in den schwierigsten sozialen Verhältnissen und wo auch immer der Kapitalismus erobert wird, haben die Werkträger den größten wirtschaftlichen Druck, die meisten Entbehrungen zu erdulden. Das war ohne Ausnahme von den beruflichen Vertretern der Gewerkschaftsinternationale auf dem 12. Kongress in Breslau, der jüngst tagte, zu hören. Ueberall raubt die politische Reaktion den Arbeitenden menschliche und staatliche Rechte, und verschärft somit die Gegentläufe zwischen arm und reich.

Die gesetzliche Regelung der Arbeitszeit in den Krankenanstalten steht im Vordergrund des Interesses. Leider ist hierin eine große Verschlechterung seit Februar 1922 eingetreten, da auf Grund einer Verordnung des Reichsarbeitsministeriums für das gesamte Pflege- und auch ärztliche Personal die 60-Stunden-Woche eingeführt wurde. Das diktatorische Verhalten der Staatsleitungen brachte es mit sich, daß die Befreiung des § 3 der Verordnung angeblich im Interesse der Kranken (Dauer und Verteilung der Arbeitszeit zu regulieren) überall überschritten wurde, und so über den Rahmen der Verordnung hinaus, durch die Anstaltsverwaltungen dazu übergingen, durch die hinzukommende Dienstbereitschaft die zulässige zehnstündige Arbeitszeit noch beliebig zu verlängern. Zu bemerken ist, daß das beamtete Pflegepersonal der Verordnung nicht untersteht. Trotzdem ist es schwer gefährt worden, weil die einzelnen Provinzialverwaltungen im Reiche, bei denen selbstverständlich die tschechische Provinzialverwaltung nicht fehlen darf, das schlechte Beispiel nachzumachen. Der tägliche Dienst in den vorgenannten Heil- und Pflegeanstalten beträgt heute somit 13 bis 18 Stunden. Für die preußischen Kliniken (Universitätskrankehäuser) ist im neuen Tarif-Ergänzungsbolmen die Arbeitszeit auf 54 Stunden ohne Pausen festgelegt. Dienstbereitschaft und Bereitschaftsdienst müssen in dieser Arbeitszeit mit enthalten sein. Von der Leitung der Reichsleitung Gesundheitswesen des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter, welche die maßgebende gewerkschaftliche Organisation für das Krankenpflegepersonal ist, wurde für Preußen beantragt, die Aufsicht über die Durchführung der Verordnung vom 13. Februar vorigen Jahres der preußischen Gewerbeaufsicht zu übertragen. Diese Durchführung des § 4 der Verordnung ist um so notwendiger, als zurzeit keine Stelle existiert, die die Abordnungen irgend welcher Anstaltsleitungen auf ihre Geschäftsmäßigkeit kontrolliert und Beschwerde über Verstöße der Verordnungen mit Erfolg angebracht werden können.

Das preußische Wohlfahrtsministerium hat alle Anträge und Beschwerden des Verbandes dahingehend beantwortet, daß noch Erwägungen im Reichsarbeitsministerium schwelen. Es kommt noch hinzu, daß die leitenden Verwaltungsbeamten fast durchgängig die Haarrupfer für die Verlängerung der Arbeitszeit, bzw. Beleidigung derselben sind. Leider finden sie in diesem Betrieben immer noch genugend örtliche und kirchliche Autoritäten; auch steht ihnen darin die bürgerliche Presse gern zu Diensten. Der Kampf, das verlorene Feld wiederzugewinnen, wird von der Organisation, wie folgt, umrissen:

1. Die Aufhebung der Verordnung vom 13. Februar 1924.
2. Die Schaffung eines allgemeinen Arbeitszeitgesetzes für Arbeiter, Angestellte und Beamte, daß eine Arbeitszeit von acht Stunden täglich, 48 Stunden pro Woche, vor sieht.
3. Die Unterstellung des gesamten Krankenpflegepersonals unter dieses Gesetz.

Der nächste Umstand, der die Anhäufung und Entwicklung der Klassenenergie der Arbeiter des Gesundheitswesens hemmt, ist ihre organisierte Zerstörung, ihre Zugehörigkeit zu den verschiedenen Organisationen. Diese Schwäche nützt die Arbeitgeber aus, um die Ausbeutung aufs äußerste zu steigern. Es wird die Aussage der nächsten Zeit sein, über diese lebenswichtige Frage in den Kreisen des gesamten Anstaltspersonals zu diskutieren. Von den gewählten Vertretern der Arbeiterschaft darf das Schreien nach Abhilfe dieser vorgenannten Zustände nicht auf. Soll hierin grundlegende Anerkennung gebracht werden, so muß das gesamte Personal durch Stärkung der frei-gewerkschaftlichen Organisation, Erziehung der Betriebsräte zu sozialdemokratischen Arbeitern und nicht zuletzt Stärkung der politisch-sozialdemokratischen Partei und deren Presse. Die kommenden Provinziallandtagswahlen müssen, soweit das Personal der Provinzialheilanstalten in Frage kommt, der erste Auftrag sein. Nicht nur diese, sondern auch die städtischen und sonstigen Krankenhäusern hierzu und in der Provinz müssen diesen Weg gemeinsam betreten, soll ihnen das Recht werden, eine bessere Existenz in Zukunft zu erreichen.

## Gantag des Fabrikarbeiter-Berbandes.

Vom 20. und 21. September hielt der Fabrikarbeiter-Berband Deutschlands, in Hirschberg im Kunst- und Vereinshaus, für den ganzen Schlesien seinen Gantag ab.

Den Vortrag hielt Kollege Thiele-Breslau und Stephan-Hirschberg. Anwesend waren 80 Delegierte, ein Vertreter des Hauptvorstandes, Kollege Hartig, der Vertreter des Ortsausschusses, sowie der des Bezirksausschusses und eine Tagesgäste. Folgende Tagesordnung hatte bei der Erledigung: Gesamtbericht vom Jahre 1922 bis jetzt (Thiele-Breslau); Bericht vom Generalversammlung (Stephan-Hirschberg); Bericht vom Generalversammlung (Thiele-Breslau); Würdigung und geschäftliche Organisation (Thiele-Breslau); Würdigung und geschäftliche Organisation (Stephan-Hirschberg); Würdigung und geschäftliche Organisation (Thiele-Breslau); Stand der Lohnbedingungen (Thiele-Breslau); Neuwahl des Beirats zum Vorstand und weiter; außerdem Tagesordnung.

Der Geschäftsbericht des Kollegen Thiele lautete gründlich. Trotz aller Bemühungen sind die deutschen Arbeitgeber nicht einzurichten, die Arbeitersbewegung zu zerstören, sondern die Mitgliedschaft bewegen, die sich in einem erstaunlichen Aufschwung befindet.

Das Unternehmertum sorgt, ohne zu wollen, dafür, daß der Arbeiter und wenn es der Bedarf ist, sich anderweitig organisiert. Die Arbeitgeber in der bürgerlichen Hand sind sozialdemokratische Parteien und ehrliche Freiwilligen: Wenn sie aus den Weisen werden, daß die Belegschaften hinter ihnen stehen, dann kann man sie mit dem Argument "Sie sind uns überflüssig" überzeugen, es mag an der Arbeiterschaft fehlen, um die Befreiung weniger großer Verdände zu unterstützen.

Eine rege Massenbewegung wird von der Partei des Gewerkschaftsvertrages statt. Rollende Parteien entstehen in jedem Beruf, das ist der Fabrikarbeiter-Berband schon lange, um die Schaffung weniger großer Verdände zu unterstützen.

Am zweiten Tage sprach Kollege Medlin-Breslau über das Betriebsratelgebot. Es hat trotz aller Mängel den Arbeitern keineswegs Macht und Recht in die Hände gegeben, das kein Land der Erde bis jetzt seinen Arbeitern gab. Bedauerlich ist dabei, daß es von denen, für die es geschaffen wurde, so wenig angewendet wird. Nichts darf unverucht gelassen werden, die Betriebsräte zu fördern, um die Wirtschaftsdemokratie durchführen zu können. Bedingung ist, daß die Literatur auf diesem Gebiete gelebt und nicht beigelegt wird. Eindringlich gewarnt wurde, daß nicht als Kaufmann oder Vermittler von Waren zu betätigen, die Arbeitgeber seien dieses sehr gern, weil der Betriebsrat dadurch von seinen gesetzlichen Aufgaben abgelöst wird.

Kollege Hartig referierte sodann über das Thema: Wirtschaft und Gewerkschaft.

In großen Zügen behandelte der Berichtsbericht die deutsche Wirtschaft und die Weltwirtschaft und die Weltmarktpreise und wies an den Aufzeichnungen des Professors Dr. Hardenburg nach, daß ein starkes und hungerndes Volk niemals einen Staat aufreihen kann. Wenn das gesamte Unternehmertum immer sagt, der deutsche Arbeiter ist zu teuer, er muß billiger arbeiten, das gleichen seien die Sozialbelastungen zu groß, so wies Redner nach, daß der deutsche Arbeiter insgesamt um rund 33 Millionen die Stunde billiger arbeitet als der ausländische Arbeiter. Die deutsche Industrie gibt ihre Waren nur zum Weltmarktpreise ab und verdient am Lohn gemessen ihren rund 6-8 Milliarden Goldmarkt im Jahre mehr als die ausländische Industrie. Staatsbehindert ist die Industrie nur dann, wenn sie die Staatsgewalt in der Hand hat, in übrigen sieht sie, wenn es ihr profit ist, auf keine politischen Landesgrenzen. Diese Profitwirtschaft in Verbindung mit dem Kapitalismus der Bananen, läßt die deutsche Wirtschaft, die durch Konzerne, Trusts und Syndikate ähnlich gedrosselt wird, nicht hoch kommen, man will daher auf der ganzen Linie die Löhne und Gehälter senken, anstatt erhöhen. Der Redner warnte vor der neuen Anstrengung der Arbeitgeber, der sogenannten Wertgegenwart. Darje sind eine ganze Menge gefährdet worden; die Woche findet für verschiedene Industriezweige Verhandlungen statt. Eine Kampforganisation ist auch heute noch bei Bewilligung, denn seit Januar bis jetzt sind rund eine Million Goldmark nur für Streiks gesahlt worden.

Als Mitglied zum Verbandsrat wurden die Kollegen Gamisch, Piegnitz und Medlin-Breslau gewählt, desgleichen Kollege Hartig in die Geschäftskommission. Der Generalrat wurde nicht gewählt, dafür sollen Geltungskontingenzen abgehalten werden. Der nächste Gantag findet in Görlitz statt.

## Beruhigte Verhandlungen über die Beamtenbefriedung.

Die Befreiung über die Beamtenbefriedung, die im Reichsfinanzministerium am Mittwoch, den 23. September, nachmittags 4 Uhr, stattfinden sollte, mußte vertagt werden, weil der Reichsfinanzminister an der Kabinettssitzung, in der über den Sicherheitspakt beraten werden sollte, teilnehmen mußte. Da die Beamten-Syndikatorganisationen entscheidenden Wert darauf legen, mit dem Minister persönlich zu verhandeln, mußte die Befreiung über die Beamtenbefriedung vertagt werden. Die Verhandlungen sollen, wie den Organisationen versichert wurde, in den nächsten Tagen stattfinden.

## Verfeindet an der Arbeit!

Der Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands, Ortsgruppe Breslau, hatte anlässlich des Gewerkschaftscongres des A.D.G.B. beschlossen, seinen Delegierten zu Ehren einen besonderen Abend zu widmen, zumal über den Schlesier eine jährlige Meinung innerhalb der deutschen Gewerkschaft besteht. Die Ortsgruppe Breslau ist also nur das, was bei allen Tagungen gang und gäbe ist. Es sollte nicht sinnlose Feierlichkeiten geben, sondern den Delegierten und Gästen ein Essen gegeben werden, um in ungewöhnlichen Beisammensein sich besser verstehen und kennen zu lernen. Damit auch schlesischer Humor und schlesische Mundart zur Geltung kam, wurden zwei Bühnenkünstler und ein Eisenbahner für diesen Abend bestimmt. Es wäre alles gut gewesen, wenn nicht die niedrigsten Instanzen, nämlich Misznau und Reid, des Eisenbahnabreihers Minckler, mit dem Beinamen "Römer", vom Wettbewerbsamt II Oderster Bevollmächtigung genommen hätten — er hatte nämlich weniger als die beiden Künstlerinnen erhalten — in der gemeinsamen Weise die ihm gewünschte Freundschaft zu missbrauchen. In bewußter verdeckter Weise hat Minckler, alias Römer, nicht nur mindlich Unwichtigkeiten verbreitet, sondern auch, wie angenommen wird, einen Artikel der "Schlesischen Volksstimme" zum Abschluß gezeigt.

Es gibt auch Eisenbahner, "Führer", die aus solchen verdeckten Quellen ihre ganze Weisheit schöpfen, ohne überhaupt sichere Unterlagen dafür zu haben. Zu dieser Art unzüglicher und gewissenloser Menschen gehört auch der Bezirksleiter Reichsfeld vom Allgemeinen Eisenbahnerverbande. Ohne jede Unterlage und Bürgschaft schreibt er den Inhalt des Artikels aus dem genannten Blatte ab und gab ihn in Form eines Flugblattes heraus. Durch solche Gemeinschaften die die Ortsverwaltung Breslau des Einheitsverbandes sich veranlaßt gelehnt, ebenfalls ein Flugblatt herauszugeben, in dem der Sachverhalt klarstellte und der Leser und Verbreiter in aller Offenheitlichkeit der gemeinsamen Verfeindung und Verdrögerung bezieht wird. Die Ortsverwaltung will, daß diese traurigen Elemente ihren Platz vor Gericht befreien sollen. Die Eisenbahner aber sollten sich ihre Führer ansehen und überlegen, ob mit Aug, Zug und gewissenloser Geschäftsschneiderei ihre Interessen vertreten werden können. Tatsaig aber muß es um Reichsfeld stehen, wenn er, um sein Bäckerduch Wettbewerber zu halten, zu solchen verdecklichen Mitteln greift. Wir erinnern uns, wie er in derselben Weise vor nicht langer Zeit in der gewissenlosen Art den Vorstand der Eisenbahnbetriebskantone in aller Offenheitlichkeit herabsetzte. Tatsächigstellung durch seine eigenen Mitglieder läßt ein Widerstand aus.

## Einheitsverband der Eisenbahner Deutschlands Ortsverwaltung.

### Achtung Steinmeier!

Die Bausperre über das Palast-Theater, Schlesischer Straße, besteht für das Steinmetzgewerbe fort. Die dort beschäftigten Bauhandwerker werden erachtet, Solidarität zu üben. Der Streik für das Steinmetzgewerbe geht in Breslau weiter. Die Streikleitung.

## Gewerkschaft.

### Ist das die schlechte Wirtschaftslage?

Reingewinne in der Textilindustrie.

Die deutsche Textilindustrie hatte während der letzten Monate Verhandlungen im Textilgewerbe immer wieder auf die höchste Stufe getrieben. Nun haben in den letzten Tagen einige größere Textilfirmen ihre Jahresabschlüsse veröffentlicht. Diese leichten Dividenden vor, die sehr wenig an den vorangestellten Jahren liegen. So erzielte die Städterische Werkeisenbahn einen Reingewinn von rund 250 000 Mark, aus dem sie auf die Städterischen Aktien eine Dividende von 12 Prozent und auf die Befreiungskästen eine Höhe in Höhe von 10 Prozent verteilt wird. Auch die Reichsbahner Steinmeier und Werkei L.G. in Bitterfeld sind die Dividenden ihrer Befreiungskästen von 7 Prozent für die Vorsteckstelle und von 8 Prozent für die Städterische an. Die Städterische Textilgesellschaft L.G. in Leipzig-Lindenau hat einen Reingewinn von rund 27 000 Mark erzielt und wird eine Dividende in Höhe von 10 Prozent verteilen.

Das treiben Geschäft, die man als sehr glücklich bezeichnet, muss sehr natürlich werden, daß die deutsche Textilindustrie gegenüber den Nachbarländern der Textilfabrikanten großzügig gegenübergestanden zeigen kann. Aber auch in anderen Wirtschafts-

zweigen sind Differenzen, wie sie von den oben angeführten Firmen in der Textilindustrie ausgeschaltet werden, keine Seltenheit. So z. B. kündigt die August-Bogelin-A.G. in Kaiserslautern eine Firma, die sich auf chemischen Gebiete beschäftigt, eine Dividende von 12 Prozent an. Der Südbahn, Frankfurt a. M., wird sogar 15 Prozent verteilen. Auch die Barmer Kreditbank kündigt eine Dividende von 8 Prozent mit dem Bemerk an, daß immerhin noch mit einer Erhöhung der Dividende zu rechnen sei. Die Barmer Kreditbank gehört dem Rheinhandelskonzern an und hat sich ohne Zweifel in den letzten beiden Jahren nicht der günstigen Geschäftslage erfreut. Wenn sie trotzdem zu der Auszahlung einer immerhin hohen Dividende kommt, gestaltet das natürlich Rücksicht auf die Gewinne, die heute gerade im Bankgewerbe gemacht werden.

## Preisprüfung und Wirtschaftsbereinigung.

Man schreibt uns: Die mittlere Preisprüfungsstelle Berlin-Brandenburg und das Berliner Polizeipräsidium führen seit Wochen einen energischen Kampf gegen die überhechten Fleischpreise. Dieser Kampf hat in den letzten Tagen eine Wendung genommen, die besondere Beachtung verdient. Die mittlere Preisprüfungsstelle hat nämlich die Bruttorenditepanne für die Ladenfleischer auf 15 Prozent festgesetzt. Diese Festsetzung erfolgte auf Grund eingehender Durchprüfung eines Materials, das sich die Preisprüfungsstelle selbst verkauft hatte, da die Fleischhersteller der Auflösung, ihre Kalkulationen vorzulegen, nicht nachkamen. Nachdem sich nun die Berliner Polizei daran gemacht hatte, die Entscheidung der Preisprüfungsstelle durchzuführen, sind die Ladenfleischer beim Polizeipräsidium nachgekommen. Sie legen nun Kalkulationen vor, aus denen sich ein Untergang von 19,5 Prozent ergibt und verlangen seine Anerkenntung.

Das Polizeipräsidium hat vorsichtig eine Ueberprüfung der Kalkulationen durch die mittlere Preisprüfungsstelle vorgenommen, zugleich aber auch eine Aenderung der Bruttorenditepanne in Aussicht gesetzt, falls sich die Kalkulationen der Ladenfleischer als richtig erweisen. Kraichts der Unzufriedenheit der hiesigen Kalkulationen gerade in der Fleischverteilung ist innerhalb mit einer Anerkennung der von den Fleischern geforderten Spanne von 10,5 Prozent zu rechnen, wie auch der Fall vorliegt, daß bei steigenden Preisen und sinkendem Verbrauch die tatsächlichen Kosten in kurzer Zeit eine weitere Erhöhung der Spanne nötig machen, um wie man immer so schön sagt, "den Ladenfleischer das Kommen zu ermöglichen". Polizei sieht die Preisprüfungsstelle nichts anderes zuwege gebraucht, als daß sie eine Reihe von Ladenfleischern am Leben erhält, deren Betriebe nicht mehr im volkswirtschaftlichen Interesse liegen. Die Preisprüfungsstelle sieht sich dann im Gegensatz zu der Tatsache, daß im Vergleich zum Frieden die Zahl der Fleißer gestiegen, der Fleischverbrauch aber gesunken ist; anderseits würde dadurch die Notwendigkeit der Konzentration in der Fleischverarbeitung zu verbilligen völlig verlaufen. Unsere Wirtschaft würde so nur ein Bärenfest erwarten. Das kann unmöglich die Aufgabe der Preisprüfungsstelle sein.

Deshalb ist es unbedingt notwendig, daß die Preisprüfungsstelle an der Bruttorenditepanne von 15 Prozent festhält. Es wird sicher untersetzen, daß Betriebe aus der Bruttorenditepanne von 15 Prozent die heutige üblichen Kosten nicht decken können. Ebenso sicher wird es eben auch Betriebe geben, die auf Grund der Festsetzung der Bruttorenditepanne auf 15 Prozent ihre Kosten ernstlich übertragen und sowohl senken, daß sie mit der Bruttorenditepanne von 15 Prozent gut auskommen. Diese Betriebe erweisen sich dann als lebensfähig. Die Preisprüfungsstelle ist ihre vornehmste Aufgabe anzusehen. Sie kann es, indem sie an der ursprünglich festgesetzten Bruttorenditepanne festhält. Die Öffentlichkeit erwartet endgültig eine Entwicklung, die wir unsere ganze Wirtschaft Bedeutung hat, daß die Preisprüfungsstelle die Interessen der Wirtschaft und der Verbraucherheit, die hier zusammenfallen, voll und ganz wahrnimmt.

## Eine grüne Internationale.

Bern, 23. September. Gestern und heute fand hier eine internationale Konferenz statt, auf der die wichtigsten landwirtschaftlichen Verbände aus Deutschland, dem sonstigen Europa und den Vereinigten Staaten vertreten waren. Eine einstimmig angenommene Entschließung besiegelte es als wünschenswert, daß sich die landwirtschaftlichen Vereinigungen zu einer gemeinsamen Aktion organisieren. Es wird den landwirtschaftlichen Organisationen aller Staaten empfohlen, einen Statutenentwurf einer internationalen Konferenz landwirtschaftlicher Vereinigungen und das Protokoll der Konferenz von Bern anzunehmen. Die beigetretenen Vereinigungen werden aufsäsig der Generalversammlung des internationalen wirtschaftlichen Instituts im Jahre 1926 zu einer konstituierenden Versammlung nach Rom eingeladen.

## Eine halbe Milliarde Mark Defizit der polnischen Handelsbilanz in den ersten beiden Monaten.

Nach dem soeben veröffentlichten statistischen Ausweis der polnischen Handelsbilanz für die Zeit vom 1. Januar bis 1. August 1925 betrug, laut Warszawer Meldung des Industriekuriers, die Einfuhr 1216 Millionen Mark, die Ausfuhr 716 Millionen Mark, so daß sich das Defizit für diese Zeit auf 500 Millionen Mark beläuft. Es ist aber festzustellen, daß der Einfuhrüberschuß in den letzten Monaten häufig zurückgeht.

## Eine englische Bantur für die Kreditgewährung.

Das inoffizielle Verbot gegen ausländische Kredite, welche nicht von der Bank von England oder der englischen Regierung genehmigt sind, hat, wie die "Konjunktur-Korrespondenz" meldet, schon lange Unzufriedenheit bei den Banken in der Londoner City verursacht, da ihnen dadurch manche großen internationale Finanzgeschäfte verlogen gegangen sind. Englische Banken wüten zum Beispiel heute in der Lage, Kreditgeschäfte mit Peru, Bolivien, Chile und Argentinien in einer Gesamthöhe von 200 000 Pfund Sterling abzuschließen, wenn das Verbot nicht existierte. Nun wollen sie mit allen ihren zur Verfügung stehenden Mitteln einen Druck auf die Bank von England und auf die Regierung ausüben, um die baldige Auflösung des Verbotes zu erwirken. In mir informierte englische Staatsbeamten ist man auch der Ansicht, daß dieser Druck von Erfolg sein wird und daß die Banken in England demnächst vollständige Freiheit in der Bewilligung von ausländischen Krediten haben werden.

## Weslauer Produktionsbüro.

Zentrale Rechnungen der in der Weslauer Produktionsbüro vom 23. September 1925 ausstellten Reise in Schlesien bei Schlesien für Konfektionen der Gesamtgewerbe (Gesamtgewerbe) im September 1925 und im Oktober 1925.

Getreide	22.	22.	22.

<tbl\_r cells="4" ix="1" maxcspan="1" maxrspan="

## Arbeiter-Sport.

Große Turnerschaft, 2. Männer-Abteilung, Abteilungsverkommung Freitag, den 25. September, nach dem Turnen bei Görlitz. Ein Vereinsvertreter hält einen Vortrag über die Neuorganisation unseres Vereins. Im Anschluß daran Handballspieler-Versammlung. Da eine wesentliche Änderung der Spielregeln eintritt, darf kein Spieler fehlen. H. A.

Große Sportfreunde, e. B. Freitag, 25. September, abends 7 Uhr: Jugendversammlung. Aufstellende Mannschaftssitzung der 2. Mannschaft. Sonntag, den 27. September, vormittags 9 Uhr: Spielauszeichnung. Zu erscheinen haben die Sportsgenossen Pöhl, Max Kauwelle, Grätzig.

**Schwimmverein Pöhlendorf**, Jugendabteilung, Freitas, abends 18 Uhr: Jugendausbildungsklasse bei Jugendgenossen Müller, Lauerstraße 142. Sonntag, den 27. September, Nachmittag, nach Heidebreitling am Treffpunkt früh 7 Uhr am Oderzubahnhof.

Große Frau-Bereisigung, Freitas, abends 8 Uhr, im Restaurant des Gewerkschaftshauses: Vorstandssitzung. — Zum Ausstieg treffen sich alle Teilnehmer vormittags 7½ Uhr im Bootshaus, Jagstort. Auch diejenigen Mitglieder, die am Ausstieg nicht teilnehmen, werden gebeten, in ihrem eigenen Interesse zu erscheinen.

### Schützen, Turnerinnen!

Sonntagnachmittag, den 26. September, abends 7½ Uhr, findet im Gewerkschaftshaus unmittelbar der Kreisturnerinnentreffenstunde ein Vortrag statt, gehalten von Frau Klara Sils-Cettern. An dem Vortrag müssen alle Turnerinnen der Kreis-Turnerschaft Breslau teilnehmen. Dasselbe gilt auch die Quartiervereitung. Wo noch Quartiere vorhanden sind, kommen die Quartiergeber nach dem Gewerkschaftshaus die Gäste abholen. Der Frauen-Austausch.

## Vereinskalender.

### Metallarbeiterverband.

Büchsenräte und Beraterausläufe. Heute abend 7 Uhr: Versammlung im kleinen Saale. Montag, 28. September, abends 7 Uhr: Standerversammlung im Zimmer 12 des Gewerkschaftshauses.

**Bauaufzüge**. Die Mitteilungsblätter für Oktober sind Freitas, den 25. September, nachmittags 4 Uhr, im Büro erhältlich. Branche der Elektro-Montage. Sonnabend, den 26. September, großes Herbstvergnügen im neu renovierten großen Saale des Gewerkschaftshauses. (Mehreres habe Inserat).

### Gehärtliches.

Die bekannte Firma Eiles-Brandt, Inhaber Fritz und Max Brandt, Nikolaistraße 63a, Ede Neue Weltgasse, hat auch in diesem Jahre wiederum eine bedeutende Auswahl in Dauerbranden in jeder Preisstufe. Ebenfalls ist das Lager in eisernen Tropfenden sowie transportable Kochmaschinen und sämtlichen Eisenwaren ein umfangreiches. Ein Besuch bei der bestens renommierten Firma ist zu empfehlen. Siehe Inserat.

Bei der "Uniga" sind in heroischer Ausmaßung die röhrichtlich bekannten Erzeugnisse der Firma Franz Sohl auf Ritter, Breslau, Karlsbad, mit Zweigniederlassungen in München und Frankfurt a. M. vertreten. Die Ausstellung dieser im Jahr 1828 gegründete Firma bietet für die Besucher einen ununterbrochenen Anziehungspunkt. Sehenswert sind die ununterbrochenen Ausstellungsräume.

Künstlerisch vollendeten Nachbildungen aus Schokolade und Marzipan. Und wer könnte das Meisterwerk heutiger Technik nicht bewundern? Es ist das eine kunstvoll konstruierte neue Maschine, die dort den Besuchern im Betriebe vorgeführt in Stäuben erregender Fertigkeit kleine Schokoladen-Täfelchen in automatisch annimmt, das dazu gehörige Verpackungs-Material (Karton) scheidet, umfüllt und das Etikett automatisch flebt, und die fertigen Täfelchen automatisch in ein verschließendes Gefäß befördert. Die Besucher des Görlitzischen Standes nehmen die Gelegenheit reichlich wahr, die dargebotenen Proben der hervorragenden Spezialmarken dieser Firma "Rota" und "Königin Luise-Schokolade" an Ort und Stelle zu kosten.

### Zimtliche Devisenkurse der Berliner Börse

vom 22. September.

1 Pfund Sterling . . . . .	20,374	100 fr. Francs . . . . .	18,41
1 Dollar . . . . .	4,205	100 sch. Kronen . . . . .	12,47
100 holl. Gulden . . . . .	163,93	100 Schweizer Francs . . . . .	21,16
100 belg. Francs . . . . .	15,35	100 Reisetas . . . . .	60,48
100 norw. Kronen . . . . .	57,31	100 schwed. Kronen . . . . .	112,92
100 Danzig. Gulden . . . . .	80,82	100 000 ung. Kronen . . . . .	5,00
100 östl. Kronen . . . . .	17,14	100 östl. Schilling . . . . .	59,23
100 dän. Kronen . . . . .	101,83	100 östl. Schilling . . . . .	69,20

## Gebt Eure Anzeigen der Volkswacht.

# Jeder Volkswachtfleser, Arbeiter, Proletarier, Gewerkschaffler

darf nur seinen Bedarf in Baumwollwaren, Wäsche, Kleiderstoffen im

# Stempelhaus, Reußstraße 20/21

beden.

Weil wir durch immer größer werdenden Umsatz in der Lage sind, die Preise infolge großer Einfäuse auf das Minimum zu reduzieren.

### Zurückgekehrt Dr. Steinberg

### Zurückgekehrt Dr. B. Markiewitz

Facharzt 1. Chirurgie  
Schloßplatz 9.

### Roulin. Rechts-Schule König-Schule Strelowitz

Olsauer Straße 1  
Juden-Mosai  
Handelskurse  
in allen  
Handelsfächern  
Prospekt kostenlos.

### Grötzner

Städtegasse 15.

### Zahrräder

auf Trichterzahn 7742  
gibt es Zahrräder aus  
Schwefeldrähten 7  
in der Zahrräderfrage.

### Genossen

Genossinnen

Eine Familienanzeige

### Volkswacht

—

### Haus

—

### Waren

—

### Lebensmittel

—

### Waren

—

###

## Aus Schlesien.

**Die Kauffähigkeit der Landwirtschaft steigt.**

Während in Parlamentserhandlungen und Zeitungsartikeln "Not" der Landwirtschaft von den agrarischen Interessenten beweiglichsten Tönen gehörbert wird, lesen wir in Nummer 34 des Reichsberichtsblattes in einem Aufsatz, der sich mit dem Bevölkerungsgrad der deutschen Wirtschaft beschäftigt, folgende Zeile:

"Betriebe, welche landwirtschaftliche Maschinen herstellen, haben zum Teil eine Verbesserung ihres Umfanges erzielt (so z. B. im H.-K.-Bezirk Königsberg i. Br.). In erster Linie ausdrückend für die Verbesserung der bisherigen unzureichenden Kaufkraft der Landwirtschaft war die verhältnismäßig gute Ernte."

Nach diesen Sätzen, die in einem als streng objektiv geltenden Sinn zu finden sind, haben sich die Verhältnisse in der deutschen Landwirtschaft wesentlich verbessert. Die Kauffähigkeit ist gegen und seitens bereits wieder größere Maschinenläufe. Das ist erfreulich. Noch erfreulicher wäre es aber, wenn auch die Landarbeiter bald etwas von der gestiegene Kauffähigkeit hören würden, indem man sich entschließt, endlich von der kleinlichen Ablösung in der Lohnpolitik abzugehen.

Vielleicht rückt diese Notiz auch die Reden, die am letzten Freitag in Breslau in einer vom Landbund einberufenen Versammlung über die Not der schlesischen Landwirtschaft gehalten wurden, ins rechte Licht.

### Die Landarbeiterfrage im Ostsiebenbüch.

Anlässlich der Beratungen im Ostsiebenbüch des Preußischen Landesrates kam auch wieder die Zulassungsfrage der Auslandsarbeiter, insbesondere der polnischen Schönarbeiter, für Landwirtschaft und Industrie zur Sprache. Bekanntlich kamen vor dem Krieg 66 000 polnische Landarbeiter allein in der schlesischen Landwirtschaft unter. Diese Zahl ist schon aus politischen Gründen bis auf die heutige Zeit auf 18 400 herabgedrückt worden. Bekannt wird es noch sein, daß im Anfang August die polnische Landwirtschaft beim Reichsministerium den Antrag auf Zulassung von weiteren 1000 Schönarbeitern stellte, es infolge des zeitlichen Zusammensetzens der verschiedenen Städten nicht möglich war, die Ernte mit den zur Verfüzung stehenden Arbeitskräften zu bewältigen. Diese Motivierung hat in damals in der breiten Öffentlichkeit Erstaunen hervorgerufen, da sie in einer Zeit bekannt wurde, die unter dem Druck der Optentenauflösungen und einer zunehmenden Arbeitslosigkeit stand. Die Frage, die von allen Seiten tanzt, ob es natürlich die, ob nicht die deutschen Arbeitsmärkte der Optanten in allererster Linie in der Landwirtschaft eingebracht werden müssten. Die so formulierte Frage wurde dem Kreise der landwirtschaftlichen Arbeitgeber dagegenwendet, der gerade die Enteisung der Haushalte lachverdeckt zwischen Industrie und Wissenschaft hin, und weiter die Spezialisierung in großen Wissenschaften, um durch solche Arbeitserfordernisse. Dafür kam noch, daß infolge der hohen Niederschläge die Getreideernte so niedrig lag, sodass die Anwendung von Maschinen nicht in Frage kam und infolge einer nur gelernten Landarbeiter benötigt wurden.

Diese Erhebungen lassen das "ostdeutsche Problem" in seiner ganzen Unschärfe erscheinen. Die Verhältnisse der Landarbeiter auf den schlesischen Gütern sind in sehr vielen Fällen ungünstig, daß die deutschen Arbeiter mehr und mehr emigrieren, und soweit sie abgewandert sind, nicht im geringsten die Ernte haben auf das Land zurückzuführen. Wohl die größte Schwierigkeit besteht darin, daß der Landarbeiter in oft kaum glaublicher Art und Weise behandelt wird. Der Arbeiter der Großstadt und Industrie ist leicht anders eingestellt und kommt auf Grund seiner Organisationsangehörigkeit aus einer geistigen Atmosphäre, in der er sich in gewissem Maße als freier Mensch und als Teil eines Machtalters fühlt. Rücksicht aufs Land bedeute für ihn Zurücksetzen in persönliche Unfreiheit. Die Wohnungsverschärfung sind meist denkt schief. Das Wohnraumsamt des Landkreises Breslau hat in letzter Zeit gerade äußerst besorgniserregende Feststellungen machen müssen. So kann als ein Beispiel herwählen werden, daß in einem Schlafraum 15 polnische Landarbeiterinnen und 10 polnische Landarbeiter zusammenleben müssen. Die Behandlung von weiblichen Landarbeiterinnen ist weiterhin in der letzten Zeit ein häufiger Anlaß zu öffentlichen Klagen gewesen.

Diesen tatsächlichen Verhältnissen gegenüber muß das Erstehen des Ostsiebenbüches an die Staatsregierung, die Anträge der Landwirtschaft und Industrie stellt. Zulassung von ausländischen Arbeitern einer sehr genauen Nachprüfung zwecks ihrer Notwendigkeit zu unterziehen, nicht anders als das Handeln eines Arztes angesehen werden, der die Symptome einer Krankheit behandelt anstatt diese selbst. Wenn auch heute der Regierung vielleicht noch kein anderes Mittel zur Abhilfe möglich ist, so muß doch die deutsche Diplomatie auf eine positive Behandlung der Landarbeiterfrage gerichtet sein. Das heißt nichts anderes als umfangreiche Wohnungssorge für den deutschen Landarbeiter und Schaffung und Sicherung eines Arbeitsverhältnisses, das eines Deutschen wert ist.

### Ein oberösterreichischer Lehrgang für Jugendpflege

wird vom 28. bis 30. September im Heimgarten zu Neisse-Neustadt stattfinden. Am ersten Tage sprechen nach einem einführenden Vortrage von Oberregierungsrat Dr. Richter vom Preußischen Ministerium für Volkswohlfahrt über "Probleme der Jugendpflege" Ministerialrat Professor Dr. Ottendorf vom Kultusministerium über "Die Leibesübungen nach den neuen Richtlinien für die Lehrpläne der preußischen Schulen" (mit praktischen Vorführungen). Nach einer Tagung des Beiratsausschusses für Jugendpflege schließt der erste Tag mit einem gemütlichen Beisammensein, bei dem die Filme "Planvolle Körpererziehung" und "Eröffnung des Neissen Stadions" gezeigt werden. Der zweite Tag bringt Vorträge von Medizinalrat Prof. Dr. Müller von der Preußischen Hochschule für Leibesübungen über "Die körperlichen Grundlagen der Leibesübungen der Frau" (mit Bildern), von Studentrat Alfred Hoffmann-Beuthen OS über "Der Leib im Christentum", von Landesrat Kaspcerzyk-Breslau über "Entwicklung des Jungmenschen und Erziehung" und von Dr. Rudolf Jodl-Neisse über "Wege und Ziele der neueren Jugendbewegung". Der zweite Tag schließt mit einer Vorführung der Heimgarten-Spielchar. Der dritte Tag ist mit zwei Vorträgen von Dr. Krug über die Bedeutung und die Praxis des Laienspiels und einem Vortrage von Pastor

Treplin-Schmolz über die Wiedererweckung des Laienspiels ganz dem Jugendbühnenspiel gewidmet. Er schließt mit einer Besichtigung des Stadions, der Jugendherberge, der Kunstwerkstätten und der östdeutschen Buchberatungsstelle unter Führung des zuständigen Dezernenten des Magistrats Neisse.

### Ein "Volksvertreter".

In Haynau hat der Kassierer Krause vom Reichsbund der Kriegsbeschädigten, Kriegsteilnehmer und Kriegshinterbliebenen Unterlagen begangen. Es handelt sich um 322 500 Mark vom Bunde, 42 Mark vom Gau und 80 Mark von der Ortsgruppe. Nach dem Verbleib des Geldes bestagn, erklärte Krause, der gleichzeitig Vorsitzender der KPD ist, daß er dem ehemaligen kommunistischen Reichstagsabgeordneten Hamann, einem belasteten und überberüchtigten Hannauer, 500 Mark geliehen habe, die dieser zur Begleichung einer über ihn verhängten Geldstrafe benötigte. Dieser Kommunist Hamann wollte ihm das Geld innerhalb zwei Tagen mit einer Entschuldigung von 25 Mark zurückzahlen, da er die 500 Mark angeblich von der Zentrale erhalten sollte, hat aber nichts mehr von sich hören lassen. Daraufhin wandte sich Krause selbst an die Zentrale der KPD, und erhielt von dieser den Bedeck, daß die 500 Mark von Berlin aus an das Gericht gesandt wurden, außerdem seien schon 1000 Mark Schulden für Hamann bezahlt worden, der jetzt wegen begangener Straftaten im Gefängnis sitzt. Am die 500 Mark überhaupt verloren zu können, hat Krause Bundes-, Gau- und Ortskasse sowie Gelder von der Altgemeinde verbraucht. Um die Kasse der Altgemeinde wieder in Ordnung zu bringen, hat er die Beiträge des Reichsbundes laufend unterschlagen.

Krause hat nun dem Reichsbund seine Wohnungseinrichtung verpfändet und sich verpflichtet, 10 Mark monatlich zurückzuzahlen. Seht Euch die Zahlen an! So kann er jetzt ruhen.

**Waldenburg.** Zur Bekämpfung der Tuberkulose, die im hiesigen Industriegebiet weiter um sich greift, hat der Kreisarztstand größere Mittel bereitgestellt. Besonders gepflegt soll das orthopädische Turnen werden, das sich als besonderes Vorbeugungsmittel bewährt hat. Die einzelnen Gemeinden sind durch das Landratsamt angehalten worden, geeignete Lehrkräfte vorzuschlagen, die an einem orthopädischen Turnkurs in Spandau teilnehmen sollen.

**Landeshauptstadt Berlin im Finanzamt.** Die Landeshauptstadt waren zur Löschung eines Brandes im Finanzamt alarmiert worden. Es brannte die Wohnung des beim Finanzamt tätigen Justizwachmeisters König. Das Feuer wurde erst bemerkt, als bereits die Feuerwehr durchgebrannt war und in die Parterrewohnung übergriff. Die Beamten des Finanzamtes hatten bereits mit Minimax-Aparaten tatkräftig eingegriffen und die herandrückenden Weben verhinderten das Überbreiten des Feuers auf die Büros und die in ihnen lagernden Altenbedürftige. Die Entstehungsursache des Feuers ist noch nicht geklärt.

### Werbt ständig für unsere Zeitung!

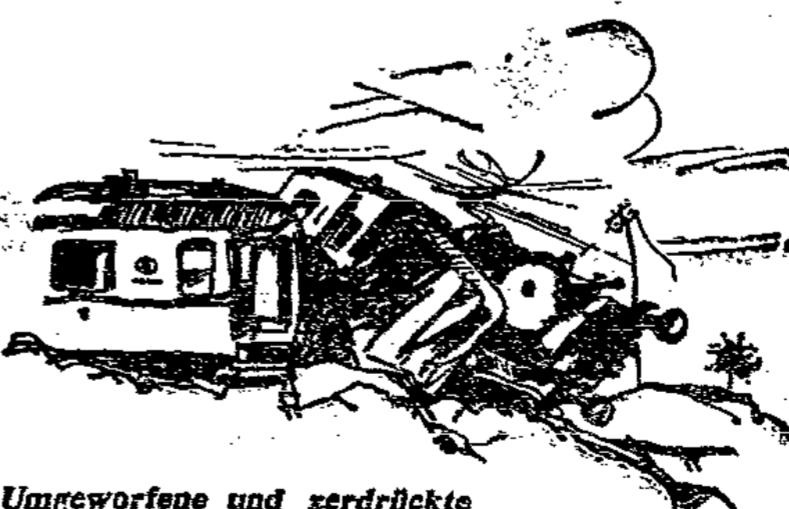
davon geahnt, daß im vorletzten Kriegsjahr diese Zahlen bis auf 562 und 757 hinaufgingen, daß sie noch im Jahre 1922 523 und 460 betrugen. Kein Tag ohne Entgleisung läuft heute noch fast kein Tag ohne Zugzusammenstoß.

### Die Ursachen.

Muß das sein? Jeder technische Fortschritt birgt Gefahren in sich. Über die Geschichte der Eisenbahn bewußt, daß diese Gefahren mit den Mitteln des technischen Fortschritts auch gebannt werden können. Mangelhaftes Material, mangelhafter Unterhalt, mangelhafte Signalisierung sind an den heutigen Eisenbahnunfällen beteiligt. Aber nicht gleichmäßig. 78 Prozent aller Todesopfer bei der Eisenbahn sind auf das Versagen von Signalen oder auf das Überfahren von Signalen zurückzuführen. (1923: 74 Tote, 376 Verletzte; 1924: 25 Tote, 222 Verletzte.) Ein Beweis dafür, daß die zurzeit vorhandenen Sicherungen nicht genügen und daß der Mensch auf der Maschine bei seiner nervenzermürbenden Tätigkeit diesem Sicherungswesen gegenüber bisweilen versagt.

### Die Abhilfe.

Die deutsche Reichsbahngesellschaft experimentiert augenscheinlich über angeßicht des Juges der Toten, der den Weg der Schienen in den letzten Jahren begleitet, läßt sie sich zu diesen Experimenten reichlich viel Zeit. Das Signalzeichen, an dem Leben und Gesundheit Lauftender von Reisenden hängen, der Klapparm am Mast, blickt auf das schwürdige Alter von 85 Jahren zurück. Inzwischen hat die Elektrizität ihren Siegeszug angekettet, der die Dampfmaschine östlich verdrängt. Inzwischen ist die drahtlose Telegraphie erfunden worden und das Fernsprechen, wodurch die unmittelbare Übertragung von Mitteilungen und Signalen auf den fahrenden Zug ermöglicht wird. Die Eisenbahn hat in Deutschland die dadurch gegebenen Möglichkeiten in feinerlei befriedigender Weise in Anspruch genommen. Ausgabe der öffentlichen Meinung ist es, darauf zu drücken, daß das Tempo der Verkehre mit drahtloser Zugförderung erheblich beschleunigt wird. Daz



Umgeworfene und zerdrückte Wagen nach einer Entgleisung.

## Hundert Jahre Eisenbahnunfall

Am 27. September feiert die Eisenbahn ihr 100jähriges Jubiläum. Ohne Prophezeiung kann man sagen, daß ihr kaum ein zweites Jahrhundert-Jubiläum belieben sein dürfte. Das Wogenreisst einer Zeit, die den reisenden Menschen vom Schienenbett in die Lüfte erhebt, steht am Himmel. Aber noch auf Jahrzehnte hinaus wird trotz alledem das eiserne Rad auf eisernen Schienen das Werkzeugsmittel der erwerbstätigen Berufe, wie erholungssuchenden Menschen bleiben. Wir würden uns leichter mit dieser Tatsache abfinden, wenn es der Eisenbahn gelungen wäre, in ihren ersten 100 Jahren die Sicherheit in gleichem Maße auszubauen wie ihr Tempo und ihr Preisniveau.

### Wirtschaftlichkeit und Menschenleben.

Gerade die schweren Unfälle der letzten Jahre haben die Deßenlichkeit mit Eindringlichkeit auf dieses Mißverständnis hingewiesen. Keine beruhigenden Presseerklärungen und Denkschriften der Reichsbahngesellschaft, keine geschickten aufsichtigen Statistiken darüber hinweg, daß hier Kaufkunst vorliegen, die einer rein kapitalistischen Auffassung des Belegs der Wirtschaftlichkeit entspringt, einer Rentabilitätsrechnung, die auch das Menschenleben nur als einen Zahlenwert ansieht.

Der Begriff der Wirtschaftlichkeit als unmoralisch ab-

sehbar, der muß verlangen, daß alle Möglichkeiten zum Schutz des Menschenlebens, die zurzeit durch den Stand der Technik gegeben sind, restlos ausgeschöpft werden — unabhängig von der rati-

### Ein paar Zahlen.

Ist es bekannt, daß z. B. im Jahre 1924 auf 150 000 Kilometer in Deutschland ein Betriebsunfall und ein Vermundetunfall kam? Das heißt: Im Bereich der deutschen Eisenbahn gab es täglich 8 Unfälle, vergleichbar täglich fast 8 Menschen bei diesen Unfällen. Im Jahre 1890 betrug die Zahl der Schienendrücke nicht weniger als 10 685, d. h. auf noch nicht 7 Kilometer Schienendistanz kam eine Bruchstelle. Bis zum Jahre 1922 war diese Zahl erst auf etwas unter die Hälfte gefallen, d. h. es waren immerhin noch nahezu 5000 Schienendrücke im Jahr, auf je 11 Kilometer Gleis entfiel ein Bruch. Am gleichen Jahre standen 58 Bahnhöfe und 24 Wagenbrüche vor, also jeden 4. Tag ein Bruch. Von all diesen Brüchen aufs schwerste gefährlichen Unfällen erhält die breite Öffentlichkeit nur, wenn einmal eine größere Katastrophe bedingt herausgerückt ist. Wer weiß davon, daß wir im Vorjahr in Deutschland 191 Ereignisse und 191 Menschenleben verloren haben? Wer hat etwas

vor allem die Frage der bedeutenden Kosten eines völlig neuen Systems nicht den Kusschlag gibt. In Amerika ist bereits mit bestem Erfolg die Signalanlage im Standraum des Führers sowie die automatische Bremsung bei Fahren durchgeführt worden. Die Entwicklung hier im einzelnen zu schildern, verdriette den Raum. Wir verweisen da auf das oben erwähnte Buchlein von Ernst Kraft, das uns bestens orientiert.

Es gilt, der Deßenlichkeit einzuhämmern, daß höher als alle Wirtschaftlichkeit der Schutz des Menschenlebens stehen muß. Wenn heute ein Mensch sein Leben auf der Eisenbahn verbringen, wenn er täglich 500 Kilometer auf Schienen und Wagen zu zurücklegen, so erlebt er innerhalb alle 16 Jahre einen Eisenbahnunfall, bei dem er verunreinigt wird. Das ist eine Sache, die zu denken gilt, und die dazu auffordert, alles daran zu setzen, um die Sicherheit auf der Eisenbahn zu erhöhen, dafür zu sorgen, daß der Eisenbahnunfall durch menschliche Schuld oder Verschulden nie oder der Vergessenheit angehört als die Eisenbahn.

# Genossen, deckt Euren Bedarf bei unseren Inserenten!

## BRAUEREI und AUSSCHANK Zum großen Meerschiff

Inh.: E. Vogel  
Reuschstraße 28 Telefon: Ring 2258

Nur selbstgebräute Biere  
Anerkannt gute Küche

Empfehl:

Jamaika-Rum  
Arrak-Verschnitt  
u. Edeliköre  
in vorzüglicher Qualität

**A. Wojtko, Breslau VIII**  
Klosterstraße 85/87

Spezialgeschäft in Glas-, Porzellan-,  
Steingut-, Haus- und Wirtschafts-Artikeln  
**Heinrich Birkenfeld** Matthias-  
straße 103  
Parteimitglieder erhalten 5% Rabatt!

Dittmann's Seilerei, Reuschstraße 43/44  
Netzberrieb  
Spezialität: Hängematten, Turmgäste, Wäscheleinen

**Albert Mendel** Friedrichstraße 20  
Eisenwaren, Haush.- u. Küchengeräte

Mod. Tapeten in allen Preislagen  
empfiehlt Tapetenhaus  
**W. Kuhitschka, Brühlstraße 74** — Tel. 8.562.

**Adolf Schröder** Aufnahmen aller Art  
Inhaber: G. Hammer Spezialität: Kinder-  
Friedrich-Wilhelm-Straße 50/52 u. Braut-Aufnahmen

**Möbel-Roth** Blücherplatz 9 Gegründet 1876  
Leichte Zahlungsbedingungen

**S. Brandt & Co.** Gartenstraße 65  
Gediegene Möbel.

**Daniel Hoffmann**

Inh.: Eduard Fieber  
Breslau 9, Paulstraße 12  
Billigste Bezugsquelle in Kolonialwaren,  
Delikatessen, Liköre und Weine, zum Beispiel:  
Breslauer Korn . . . . . 2,50 Mark  
Weinbrand-Verschnitt . . . . . 3,20  
Jamaika-Rum-Verschnitt 3,60  
Liköre . . . . . 3,80  
Wiederverkäufer und Gastwirte extra Rabatt!

Kinderwaren, Was., Isol. und Speise-Küchen  
**Eduard Jähnig, Breslau** — Tel. Ohle 1658

Spezialgeschäft  
für feinste Mehle und Hülsenfrüchte  
Alle Arten Futtermittel

**Richard Sjöölzel**  
Alsenstraße 44.

**Hermann Lukas,** Victoria-  
straße 24  
Billigste Bezugsquelle von  
Kolonialwaren und Delikatessen

**Hof & Co. F. L. H.** Breiterstraße 11, Tautenzienstraße 50  
Tagl. frische Vollmilch, Magermilch, Speisequark

**Oskar Igel** Niedoristrasse 44  
H. Fleisch- und Wurstwaren

**Karl Härtner, Bismarckstraße 16**  
H. Fleisch- und Wurstwaren

**Eduard Hoffmann** Bärenstraße 30  
Filiale: Hildebrandstraße und Alsenstraße 26  
ff. Fleisch- und Wurstwaren

**Emil Knöppel** Schlesienstraße 51  
ff. Fleisch u. Wurstwaren

**Reinhold Driesel, Bismarckstraße 11**  
ff. Fleisch- und Wurstwaren

**Friedrich Schmidt** Körnerstraße 3  
H. Fleisch- und Wurstwaren

## WIE MO HAUS

BRESLAU Reuschstraße 20/21

Kleiderstoffe — Baumwollwaren — Wäsche und Damen-Konfektion

Steter Eingang von Nebenheiten

Schärfste Kalkulation :: Billigste Preise

Annahme und Ausführung vollständiger Ausstattungen

Hans Höflich, Matthiasstraße 55

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Biedermann Grabschener  
Straße 260 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Adolf Hoffmann, Herda-  
instraße 106 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Victor Warwas Hobenstraße 112 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Bewohner des Odertors!  
Die billigste Bezugsquelle in Fleisch- und Wurstwaren findet Ihr bei

Adolf Weiß, Holtkestraße 13.

Felix Jacob Matthiasstraße 177

Billigste Bezugsquelle für ff. Fleisch- und Wurstwaren

Wilhelm Spallek Michaelstraße 4

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Carnis G. m. b. H., Breslau, Schlachthof.

Achtung! Hausfrauen!

Gefrierfleisch jederzeit im Preis herabgerechnet

30 Prozent billiger als Frischfleisch.

Im Geschmack wie frisches Fleisch. — Qualität: Alterbestes Mastochsenfleisch. — Probekauf führt zu dauerndem Bezug.

Verkaufsstellen:

Markthalle I, Ritterplatz Münzstraße.

Markthalle II, Garten- Friedrichstraße.

Otto Kias Hirschstraße 70 Tel. Ohle 4961

ff. Fleisch- und Wurstwaren

Alhort Simmich Hedwigstraße 21, Ecke Sternstraße

Fleischerei u. Wurstfabrik

Fritz Kaps Klosterstraße 7 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Max Ködler Kletschkastraße 20, Tel. Ohle 7857

Bäckerei, Honigkuchen- und Zwieback-Fabrik

Paul Ulrich Hildebrandtstraße 27 ff. Fleisch- und Wurstwaren

Paul Schroller Waterloostraße 14

Bäckerei Konditorei

Hans Dulog Niedoristrasse 23, Tel. 50.838

Bäckerei — Konditorei — Bestellgeschäft

Reinhold Hübner Rosenstraße 16

Bäckerei und Konditorei

Kuchen bei Blaschke Bäckerei, Bismarckstraße 29

Fritz Grieger Fried-Brot

Makronen-Keks — Teegebäck — Kuchen

Mehlgasse 30

Bäckerei :: Konditorei :: Bestellgeschäft mit elektr. Betrieb

Georg Zerowka Westendstraße 65

Bäckerei — Bestellgeschäft

Hermann Scholz Gräbendorfer Straße 68, Tel. Rg. 40.838

Bäckerei und Konditorei

Paul Mohry Bismarckstraße 63

Bäckerei — Bestellgeschäft

Hans Fink, Breslau I, Am Neumarkt 16

Wolle, Trikotagen, Zwirn, Nähgarne, Strumpfwaren

Billigste Bezugsquelle für Wiederverkäufer

Wäschehaus „Volkswohl“ Berufs- und Arbeitersachen

Paulstraße 23 Hugo Kloss

Alfred Fediner, Matthiasstraße 150, Herrenartikel, Kurz-, Weiß- und Wollwaren — Teilzahlungen

Kaufhaus H. Russ Friedrich-Wilhelm-Straße 92

Spezialgeschäft in Manufaktur-, Kurz-, Weiß-, Wollwaren, Trikotagen, Strümpfen, Handschuhen

Neu eröffnet Hedwigstraße 15, Laden Werkstatt für Damenbekleidung und Hiltos

Kasaks, Bluse und Kleider werden billigst angeleger

Wilhelm Schreiber Tauentzienstraße 166

Kurz-, Weiß- und Wollwaren, Herren-Artikel

Tuch-Etage West Inh. G. Oberki, Mittelgasse 3, Ecke Friedr.-Wilh.-Se

Prima Herrenstoffe in großer Auswahl zu außergewöhnlich billigen Preisen

Teilzahlung gestaltet Besichtigung ohne Kaufzwang

Kaufhaus „Unsere Jungen“ Andersensstr. 33, Ecke Westendstr.

Spezialgeschäft für Schul-, Sport- u. Blusen-Anzüge

Mäntel und einzelne Hosen

Herren- und Knaben-Trikotwäsche

Oskar Baum, Sternstraße 77, Ecke Friedr.-Wilh.-Se

Kleider — Blusen — Röcke — Wäsche

Schränke — Strümpfe — Handschuhe

— Kleider- und Wäschestoffe

Kaufhaus Friedländer Neudorfstraße 15

Trikotagen, Strumpf- u. Kurzwaren

Spezialität: Oberhemden, Strickwesten

Geschö. Mosur, Klosterstraße 115

Manufakturwaren — Wäsche — Strümpfe

J. Richter Ni. Tautenzienstraße 166, Ecke Grünstraße

Kurz-, Weiß-, Wollwaren :: Wäsche

Strümpfe :: Trikotagen :: Schränze

Auguste Hoffmann Rosenthaler Straße 61

Wäsche — Trikotagen — Stoffe

A. Kaps I Klosterstraße 67, Telefon Ohle 8423

Herren- und Knaben-Garderobe

Manufaktur- und Schnittwaren

Kaufhaus Gertrud Salz Niedoristr. 76, Ecke Sedanstraße

Kurz-, Weiß-, Wollwaren :: Konfektion :: Arbeiterbekleidung

Bekleidungshaus J. Ruben Frankfurter Straße 60/62

Herren-Bekleidung fertig und nach Maß

E. Leuchtag Wachtplatz

Damen- und Kinder-Konfektion

Bach & Blachmann Breslau, Herdastraße 46

Damen-, Backfisch- und Kinder-Bekleidung

Kleiderstoffe / Baumwollwaren

Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Größtes u. vornehmstes Einkaufshaus der Nikolai-Vorstadt

in Manufaktur-, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Herren-, Damen- und Kinder-Konfektion

Ad. Hohmuths Nachfolger Friedrich-Wilhelm-Straße 95

Kaufhaus Adler Fürstenstraße 2

Spezialität für Bekleidung jeder Art

Manufakturwaren, Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Trikotagen, Strümpfe, Handschuhe

— Besondere Angebote in Schränzen

Ein- und Verkaufsgeschäft Tannengasse 3

Billigste Bezugsquelle von neuen und gebrauchten

Amtigen, Hosn., Schuhn., Mützenwaren u. Herrenmode

Georg Schöneich, Frankfurter Straße 115

Kurz-, Weiß- und Wollwaren

Hedwig Hasselkampff Empfehlenswerte

Bezugsquelle für Kurz-, Weiß- u. Wollwaren Matthiesstr. 133